

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation**

3. Sitzung  
24. April 2017

Beginn: 11.33 Uhr  
Schluss: 13.50 Uhr  
Vorsitz: Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Berichte aus den Senatsverwaltungen**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Berlin: Erfahrungen in anderen Städten und Perspektiven für Berlin**

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0008](#)

BuergEnPart

Hierzu: Anhörung

Wer möchte den Punkt begründen? – Frau Klein, bitte!

**Hendrikje Klein (LINKE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Im aktuellen Koalitionsvertrag sind ca. 80 bürgerbeteiligungspolitische Vorhaben enthalten. Dazu kommen Beteiligungsformate, die bereits existieren, die formal sind; es gibt aber auch sehr viele informelle Beteiligungsformate. In den letzten Jahren wurden aufgrund der verschiedenen Volksentscheidinitiativen viele Erfahrungen dazu gesammelt. Der Wunsch nach einem Dialog wird seitens der Bürgerschaft stärker, was wir ausdrücklich begrüßen. Berlin ist mittlerweile so weit, diesen Anspruch der Menschen anzuerkennen und entsprechend in die Arbeit der Verwaltung und des Parlaments einfließen zu lassen. Dabei wird es auch in Zukunft immer wieder zu Schwierigkeiten kommen. Das hat vor allem seinen Ursprung in der oft fehlenden Abgrenzung und Verbindlichkeit der bisherigen Formate.

Dabei kann die Entwicklung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung helfen. Es soll ein Konsens über die Art und Weise der Bürgerbeteiligung zusammen erarbeitet werden, an der sich Verwaltung, Politik und die Menschen in Berlin orientieren. Es wird eine große Herausforderung sein, diesen Prozess in einer so großen Stadt zu organisieren. Es gibt schon diverse Erfahrungen in anderen Städten wie Bonn oder Potsdam. Berlin ist einen Tick größer, und das wird wirklich eine große Herausforderung werden. Deswegen freue ich mich, dass wir heute diese Anhörung haben, um uns auf den Weg dorthin zu machen.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Wird ein Wortprotokoll von der Anhörung gewünscht? – Ja! Gut, dann ist das so beschlossen.

Die Anzuhörenden sind im Einladungsschreiben gebeten worden, ca. fünf- bis zehnminütige Stellungnahmen abzugeben. Ich glaube, es gibt auch Präsentationen – von allen dreien, wunderbar! –, und es gibt, glaube ich, auch diverse Materialien, die verteilt worden sind, auf die ich hinweisen möchte. Ich habe sie noch nicht vorliegen, aber Sie können selber noch mal darauf hinweisen, wenn Sie dran sind.

Dann beginnen wir mit der Anhörung, wie immer in alphabetischer Reihenfolge. – Herr Fuchs, ich gebe Ihnen das Wort. Bitte!

**Jakob Fuchs** (Koordination Operatives Geschäft, Servicestelle Jugendbeteiligung e. V. im Jugendbüro Mitte): Eins vorweg: Ich bin von der Servicestelle Jugendbeteiligung, das heißt,

es wird hier spezifisch um Jugendbeteiligung gehen, auch wenn es natürlich einige größere Überschneidungspunkte mit Beteiligung insgesamt gibt.

## SERVICESTELLE JUGENDBETEILIGUNG



Da wir ungefähr zehn Minuten haben, werde ich über die nächsten Folien ziemlich schnell hinweggehen, um dann über das zu reden, wofür ich eingeladen worden bin.

Eines noch vorweg: Wir sind Beteiligungspraktiker, das heißt, ich werde jetzt nicht mit empirischen Zahlen um mich werfen, sondern eher darüber sprechen, was mich aus anderen Städten erreicht.

Uns gibt es seit 2001. Wir waren ursprünglich ein Modellprojekt des Bundesfamilienministeriums, waren lange strukturfinanziert und sind mittlerweile seit vielen Jahren projektfinanziert.

## ÜBER UNS

### Entstehung

Seit 2001 Ansprechpartnerin für Jugendbeteiligung in Deutschland

**Modellprojekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Trägerschaft der Stiftung Demokratische Jugend.**

Grundlage war Erstellung eines **Weißbuchs** „Neuer Schwung für die Jugend Europas“.

In den ersten Jahren wurde ein **Netzwerk zur Initiierung, Sicherung und Weiterentwicklung von Jugendbeteiligung** durch Jugendliche aufgebaut.



Was uns auszeichnet, ist, dass wir nach dem Peer-to-Peer-Ansatz arbeiten, das heißt, wir sind im Schnitt ungefähr 25 Jahre alt. Wir arbeiten also als junge Menschen mit jungen Menschen, was in der Branche tatsächlich nicht so häufig vorkommt.

## ÜBER UNS

### Arbeit

#### Peer-to-Peer Ansatz - Von und für junge Menschen

Dienstleisterin für Jugendengagement und Jugendbeteiligung

- ermöglicht jugendliches Engagement
- berät Kommunen
- informiert Jugendliche über beteiligungsrelevante Inhalte
- vernetzt Jugendinitiativen bzw. lokale Projekte miteinander
  
- Professionalisierung unabhängiger jugendlicher Projektarbeit
- Einsatz für engagementförderliche Rahmenbedingungen



Wir fördern die Emanzipation junger Menschen, zeigen Perspektiven auf und machen sie zum mündigen Teil einer lebhaften Demokratie sowie zu aktiven Mitgestaltern und Mitgestalterinnen ihrer individuellen Lebensumfelder. Das ist unsere Mission.



## Mission Statement

*Wir fördern die Emanzipation junger Menschen, zeigen Perspektiven auf und machen sie zum mündigen Teil einer lebhaften Demokratie sowie zu aktiven Mitgestalter\*innen ihrer individuellen Lebensumfelder.*

Themenschwerpunkte unserer Arbeit sind Inklusion, Digitale Beteiligung, Partizipation in Schule sowie Demokratieförderung.

Wir haben in Berlin u. a. zurzeit das Beispielprojekt Schülerhaushalt, wo wir an Schulen gehen und die Schülerinnen und Schüler über das ohnehin schon vorhandene Budget für Anschaffungen und Instandhaltung mitentscheiden lassen. Das ist sehr niedrigschwellige Demokratieförderung. Es ist ein Erfolgsprojekt; wir versuchen gerade, es berlinweit umzusetzen. Es ist derzeit ein Modellprojekt in Berlin-Mitte.



## Beispielprojekt SchülerHaushalt

- ist Mitte 2014 von der Bertelsmann Stiftung übernommen worden **Jugendplattform Junge Aktion Mensch! (JAM!)** Anfang 2014 entstanden
- **Verfahren** zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen
- Wie der Prozess im Detail abläuft, **liegt in den Händen der Schüler**; in kleinen Teams organisieren und koordinieren sie ihren Ablauf vor Ort – zugeschnitten auf die Struktur ihrer Schule
- In einer zwei- bis dreiwöchigen Phase sammeln und **diskutieren** sie ihre **Vorschläge** und versuchen, möglichst viele Unterstützer für die eigene Idee zu finden

Wir machen auch E-Partizipation und Projekte zur Inklusion.



## Beispielprojekte Engagementlandschaft

- **Kartierungsprojekt** im Internet
- Vereine und Organisationen tragen sich dort **selbstständig** ein, z.B.:
  - Freie Jugendprojekte
  - Jugendorganisationen
  - Förderorganisationen
- **Win-Win**: Engagementinteressierte können spannende Projekte in der Nachbarschaft entdecken, Projekte werden durch **neue Engagierte** und **Aufmerksamkeit** belohnt





## Beispielprojekt JAM! Jugendbeirat

- Entstanden im Zuge der neuen **Jugendplattform Junge Aktion Mensch! (JAM!)** Anfang 2014
- Jugendliche im Alter zwischen 14 und 26 Jahren bringen **eigene Perspektive auf das Thema Inklusion** in den öffentlichen Diskurs ein
- Partizipation an der **Gestaltung der Jugendkommunikation** von Aktion Mensch
- Themenspezifische **Seminarwochenenden für Austausch und Aktionsideen** zum Thema Inklusion

Jetzt komme ich zum eigentlichen Punkt: Was ist echte Beteiligung? – Im aktuellen Koalitionsprogramm auf Bundesebene ist dieser Jugendcheck integriert. Jugendcheck bedeutet, dass Jugendliche gemeinsam mit Erwachsenen in Workshops erarbeiten, welche Dinge eigentlich jugendgerecht sind, und dann dieser Jugendcheck im Rahmen einer geplanten eigenständigen Jugendpolitik verwendet wird, um zu überlegen: Ist dieses Gesetzvorhaben jugendkonform? Ist es jugendfreundlich? Ist es jugendgerecht?

## WAS IST ECHTE BETEILIGUNG?



- Geplanter Jugendcheck
  - einmalige Mitwirkung, unendliche Anwendung?
  - zum Abhaken?
- Einbeziehung *Nicht-verbandlicher Strukturen*
  - Schülerräte und Jugendringe sind für die Politik bequeme Ansprechpartner
  - Aber wen muss man noch fragen?
- Touchpoints schaffen
  - Frankreichs Erstwähler
  - Bonner Ordnungsamt
  - *Fulda Bist Du*

Das ist interessant und sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, es läuft allerdings Gefahr – und darüber sind sich die Jugendlichen, die bei der Erarbeitung integriert waren, einig –, dass es eine einmalige Mitwirkung bleibt, wo dann im laufenden Geschäftsbetrieb einfach ein Haken gesetzt wird.

Wichtig ist für uns auch die Einbeziehung nichtverbandlicher Strukturen. Für die Politik ist es immer wieder sehr bequem, Schülerräte, Jugendräte usw. zu befragen, allerdings ist es nicht so, dass Jugendliche heutzutage noch besonders häufig verbandlich organisiert sind. Der Trend geht zu punktueller, projektbasierter Engagementbereitschaft.

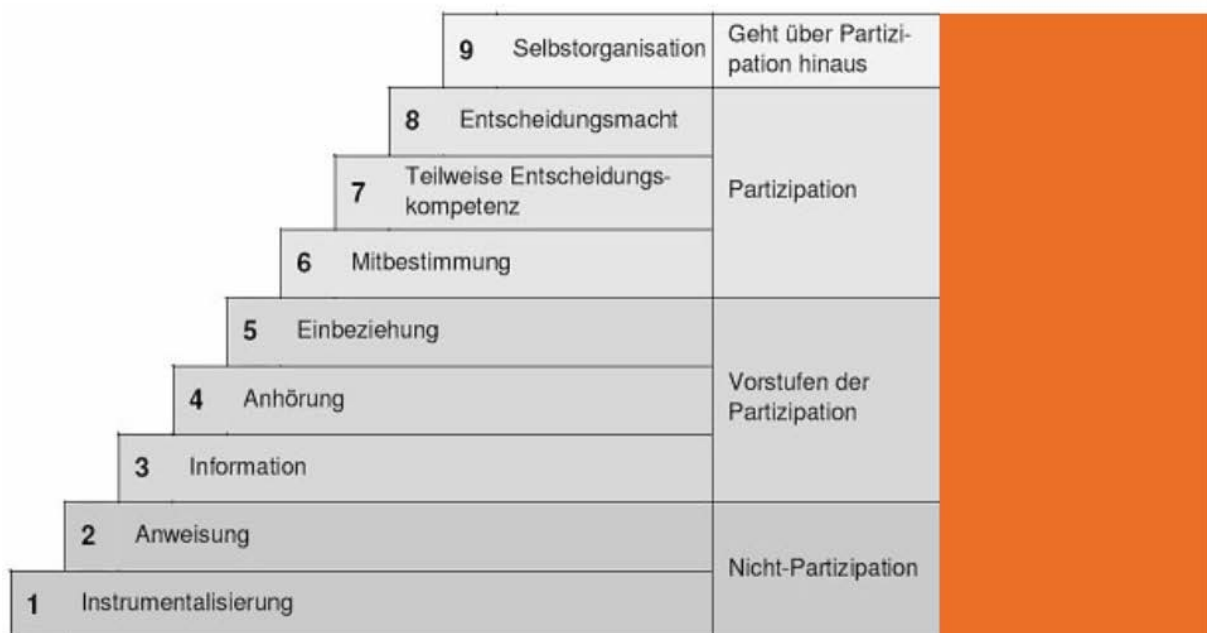
Ein Erfolgsmodell in Kommunen ist es, wenn Touchpoints, also Berührungspunkte, geschaffen werden. Ein sehr schönes Beispiel derzeit in Frankreichs Politik sind die Erstwähler, die, wenn sie wählen dürfen, erst mal im Rathaus vorbeikommen und die Hand geschüttelt bekommen. Im Bonner Ordnungsamt gibt es eine Smartphone-App. In Berlin gibt es etwas Ähnliches, ich weiß, es ist hier im Abgeordnetenhaus teils auch etwas unbeliebt: Henkel hat diese

Ordnungsamt-Melde-App mit rausgebracht, die sehr viel Publicity bekommen hat. Eine schöne Sache daran ist allerdings, dass es Berührungspunkte von Bürgerinnen und Bürgern zur Verwaltung und dadurch auch indirekt zur Politik gibt. Das stellt sich als sehr förderlich heraus.

Ein weiteres Projekt ist „Fulda bist Du“, das ich kurz herausstellen möchte, weil es sehr interessant ist. Das ist eine Karte, auf der in ganz Fulda Leute aus Politik und Verwaltung und Jugendliche selbst Marken setzen und sagen können: An dieser Stelle möchte ich über etwas diskutieren.

Wir reden hier von Beteiligung. Wir haben als Servicestelle Jugendbeteiligung eine recht eigene Meinung dazu, was Beteiligung ist.

## WAS IST ECHTE BETEILIGUNG?



Wir befinden uns hier gerade auf Stufe 4 der Beteiligung, der Anhörung. Der Jugendcheck ist irgendwo auf Stufe 5 und wird im Laufe des Programms, wenn es nur noch ein Haken ist, eher auf Stufe 3 sein. Der Heilige Gral der Beteiligung ist für uns Stufe 9, die Selbstorganisation. Da geht es nämlich darum, in unserem Fall Jugendliche dazu zu ermächtigen, sich selbst zu organisieren, und sie dabei in ihrem Wirken zu unterstützen. – Die Präsentation geht Ihnen, glaube ich, auch zu, Sie müssen nicht unbedingt Fotos machen.

Jetzt kommen wir zu den Erfahrungen. Seit Jugendbeteiligung auch in Kommunen angekommen ist, klingelt bei mir wöchentlich mehrfach das Telefon, und Menschen aus Politik und Verwaltung aus deutschen Städten rufen bei mir an. Die haben alle möglichen Fragen, die haben auch alle möglichen Bedenken. Es sind mitnichten alle immer davon überzeugt, dass Jugendbeteiligung eine gute Idee ist. Deswegen führe ich da teilweise sehr lange Telefonate.

## ERFAHRUNGEN



### Die vier Herausforderungskomplexe

- Aktivierung der zu Beteiligten
- Die zielgruppengerechte Ansprache
- Formelle Grundlagen schaffen
- Die Angst vor direkter Demokratie

In der Vorbereitung zu dieser Anhörung habe ich vier Herausforderungskomplexe herausgearbeitet, und zwar die Aktivierung der zu Beteiligten, die zielgruppengerechte Ansprache, die formellen Grundlagen und die Angst vor direkter Demokratie.

Kommen wir zu Komplex 1. Was ich sehr häufig höre, ist: Es melden sich immer nur jene, die eh schon engagiert sind. Diejenigen, die wir wirklich ansprechen möchten, erreichen wir nicht. – Das ist etwas, was ich so teile. Wenn wir an Schulen gehen, erreichen wir eher die Gymnasiasten. Wenn wir in Jugendzentren gehen, erreichen wir die Leute, die es zumindest bis ins Jugendzentrum schaffen. Viele Leute, die wir eigentlich erreichen möchten, erreichen wir häufig nicht. Das ist eine Herausforderung. Deswegen habe ich auch eingangs davon gesprochen, dass Schülerräte, Jugendparlamente und Ähnliches immer sehr bequeme Ansprechpartner für die Politik sind, das Engagement aber durchaus auch nichtverbandlich existiert, und die Leute, die am wenigsten greifbar sind für Beteiligungen, oft die Leute sind, die es am stärksten sein sollten.

## KOMPLEX 1



### Aktivierung der zu Beteiligenden

„Es melden sich immer nur jene, die eh schon engagiert sind. Diejenigen die wir wirklich ansprechen möchten, erreichen wir nicht.“

- Ansprache durch *Zufallsbürger*
- Wahl unkonventioneller Methoden
  - Nur weil wir gerade in einem sitzen – es muss nicht immer ein Parlament sein.
- „Ins Feld gehen, statt zur Abwechslung mal die Tür offen stehen zu lassen.“

Das Lieblingsprojekt von Sozialwissenschaftlern sind mittlerweile die sogenannten Zufallsbürger. Dabei werden aus Melderegistern, teilweise durch geschichtete Stichproben, Bürgerinnen und Bürger gezogen, die dann angeschrieben und zu Foren eingeladen werden. Das hat einen offiziellen Charakter, und es hat viele Vorteile, weil man die Leute, die man tatsächlich erreichen will oder muss, oft nicht erreicht, indem man sie auf der Straße anspricht oder Ähnliches.

Wichtig ist die Wahl unkonventioneller Methoden. Nur weil wir hier gerade in einem Parlament sitzen, ist es nicht unbedingt das beste Forum – je nach Zielgruppe – für Jugendliche. Es

gibt Jugendparlamente, aber die Menschen, die in Jugendparlamenten sitzen, sind deutlich homogener, als sich das manch einer eingestehen mag.

Zudem erkennen wir, dass Jugendbeteiligung oder Bürgerbeteiligung allgemein noch ein recht junges Feld ist und dass sich die Leute aus Politik und Verwaltung, die sagen, sie machen jetzt mal die Tür auf, wundern, dass ihnen nicht die Tür eingerannt wird von Bürgern oder Jugendlichen, die sich jetzt endlich beteiligten möchten. Das ist ein reziproker Prozess. Es ist nicht so, als würden Bürger oder – in meinem Fall – Jugendliche es schon gewöhnt sein, sich zu beteiligen. Da müssen sich beide Seiten erst mal dran gewöhnen. Um es ethnologisch zu formulieren: Es geht darum, ins Feld zu gehen, zu der Zielgruppe, die beteiligt werden soll, statt – in Anführungsstrichen – zur Abwechslung mal die Tür offenstehen zu lassen.

Kommen wir zu Komplex 2, der zielgruppengerechten Ansprache. Die zwei großen Feinde konventioneller Partizipationsstrukturen sind Internet und Ganztagschulen. Ganztagschulen haben einen integrativen Charakter. Sie sind für viele Dinge sehr geeignet, sie sind aber nicht dafür geeignet, die Partizipationsstatistiken nach oben zu treiben, denn Jugendliche haben tatsächlich einfach deutlich weniger Freizeit. Das führt dazu, dass klassisches Engagement, das nachmittags stattfand, deutlich ausgedünnt wird – was leider auch im Beteiligungsbericht der Bundesregierung so nicht aufgeschlüsselt wird. Da fehlt leider der Kontext. Der andere Punkt ist das Internet. Die Beteiligung im Internet ist durchaus auch möglich, sie ist nur anders, sie ist unkonventionell, und die Interaktionsräume verlagern sich von der Straße in geschlossene, teils wirklich private Räume.

## KOMPLEX 2



### Zielgruppengerechte Ansprache

Die zwei großen Feinde konventioneller Partizipationsstrukturen sind Internet und Ganztagschulen.

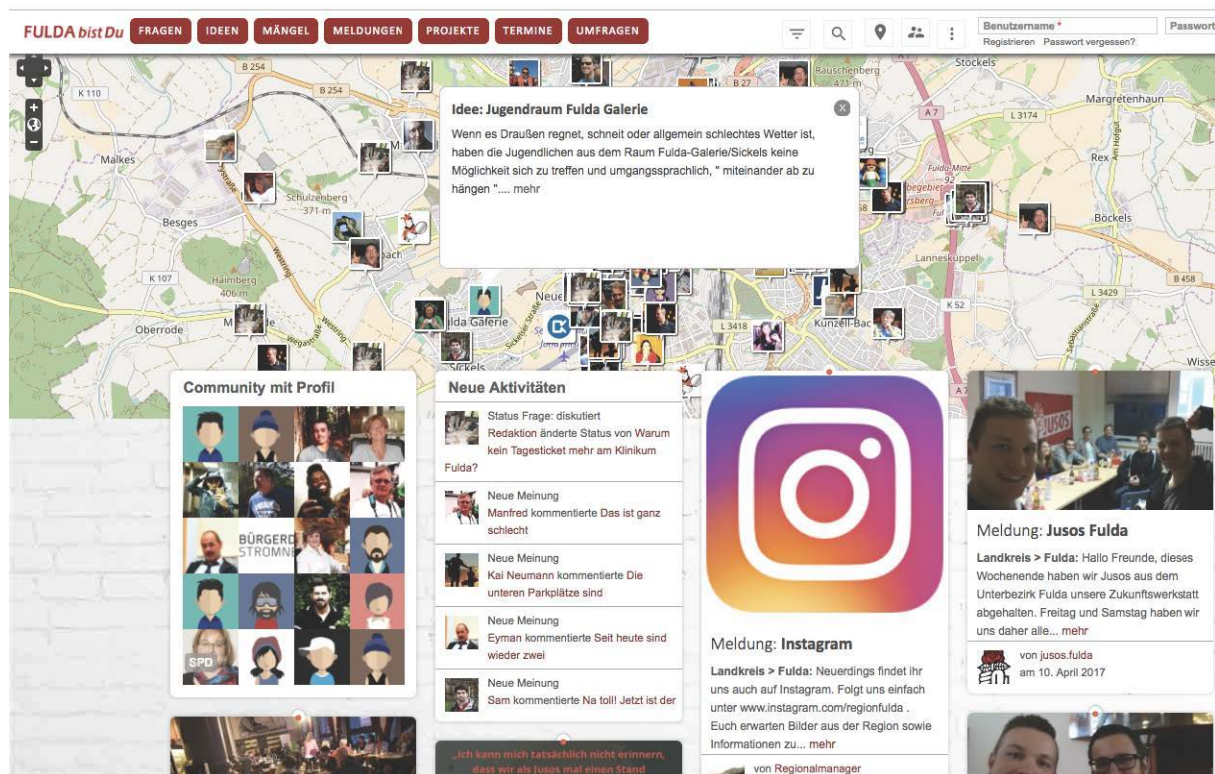
- Interaktionsräume verlagern sich von der Straße in geschlossene Räume, digital wie analog
- Jugendliche haben objektiv weniger Zeit sich zu engagieren
- Digitale Partizipation und Partizipation in der Schule sind Lösungsansätze
  - SchülerHaushalt
  - 8er-Rat
  - Fulda bist Du



Dazu gibt es zwei Lösungsmöglichkeiten, zwei erfolgversprechende Lösungsansätze, und das sind digitale Partizipation und Partizipation an Schule. Ich hatte vorhin kurz den Schülerhaushalt erwähnt, den wir hier in Berlin an Schulen machen. Das ist vor allem für jüngere Schüler gedacht, da geht es um niedrigschwellige Demokratieförderung. In Baden-Württemberg z. B. hat sich mittlerweile der sogenannte 8er-Rat etabliert. Das richtet sich an kleinere Städte bis 200 000 Einwohner, wo von jeder Schulform eine 8. Klasse in der Stadt gestellt wird. Das ist der 8er-Rat. Die Schulen wechseln. Die reden mit über Jugendbeteiligungsthemen.

„Fulda bist Du“ habe ich schon genannt – hier ist noch eine Karte dazu; so kann man sich das vorstellen. Man sieht eine Karte, und jeder kann dort Marker setzen und sagen: Über dieses Thema möchte ich reden. – Man sieht dort ganz gut – ich habe mal auf so einen Pin geklickt, als ich den Screenshot gemacht habe –, da hat jemand die Idee, einen Jugendraum „Fuldagalerie“ zu eröffnen, weil da entsprechende Bedarfe festgestellt werden. Dann diskutieren die Leute, auch die Jugendorganisationen politischer Parteien darüber und veröffentlichen fleißig ihre Pressemitteilungen. Es ist aber tatsächlich auch etwas, wo Politik und Verwaltung politische Statements abliefern können.

## FULDA BIST DU



Das ist eine Form von Dialog, die auch Jugendliche erreicht.

Kommen wir zu Komplex 3– formelle Grundlagen schaffen. Wir haben in Deutschland eine recht niedrige Anzahl an Bundesländern, die eine entsprechende gesetzliche Grundlage für Jugendbeteiligung geschaffen haben. Baden-Württemberg ist als neuestes Bundesland dazugekommen. Thüringen diskutiert gerade darüber. Zu deren Gesetzesentwürfen haben wir als Servicestelle eine schriftliche Stellungnahme abgegeben. In Baden-Württemberg wird seit wenigen Jahren Jugendbeteiligung vorausgesetzt. Da steht nicht mehr drin, es gibt die Möglichkeit – ich rede jetzt von den Städteverordnungen –, Jugendbeteiligung zu gewährleisten, sondern da steht drin: Es muss Jugendbeteiligung existieren. – Das ist im Prinzip der Angriffsvektor umgedreht. Die Verwaltung muss sich jetzt proaktiv gemeinsam mit der Politik an Jugendliche richten und Foren schaffen – daher rufen jetzt auch sehr viele Kommunen aus Baden-Württemberg an, wie das geht –, weswegen da sehr viele Veranstaltungen und Formate etabliert sind.

## KOMPLEX 3



### Formelle Grundlagen schaffen

... und die Umsetzung ernst meinen.

- Bundesländer mit entsprechendem Passus zur Jugendbeteiligung schneiden deutlich besser ab
- Akzeptanz bei der Verwaltung lässt sich nur durch Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen schaffen
- Bürokratie als großes Hemmnis
  - Beispiel: Titelkataloge

Da wir heute auch über Erfahrung aus anderen Städten reden, möchte ich bemerken, dass wir hier auch ein Bundesland sind und an der Quelle sitzen, entsprechende gesetzliche Leitlinien zu schaffen. Die Akzeptanz bei der Verwaltung lässt sich im Übrigen auch nur unter Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen schaffen. Es ist dramatisch, wenn ich Anrufe von Menschen bekomme, die damit noch nie etwas zu tun hatten, von politischer Seite aber die Anweisung bekommen, sie möchten doch jetzt Bürgerbeteiligung ermöglichen, und da kein Know-how, keine Expertise und keine zusätzlichen Ressourcen bestehen, weder zeitlich noch finanziell. Die Städte, die bei mir anrufen und froh sind über das, was in dieser Stadt gerade möglich



wird, sind die, wo dafür eigene Stellen geschaffen und eigene finanzielle Ressourcen bereitgestellt wurden. Davor kann ich nur warnen, das so nebenbei zu machen.

Bürokratie ist ein großes Hemmnis, das muss ich Ihnen vermutlich nicht erzählen. Als Beispiel hier in Berlin – ich erwähne es nur noch einmal, versprochen! – ist unser Projekt Schülerhaushalt, wo Schüler über Ausgaben ihrer Schulen demokratisch entscheiden. Ziel ist, dass sie es nach dem Subsidiaritätsprinzip selber machen. Sie müssen sich da dann mit Titelkatalogen herumschlagen, nach welchen Titeln sie irgendwelche Schulbänke bestellen oder Schultoiletten sanieren dürfen.

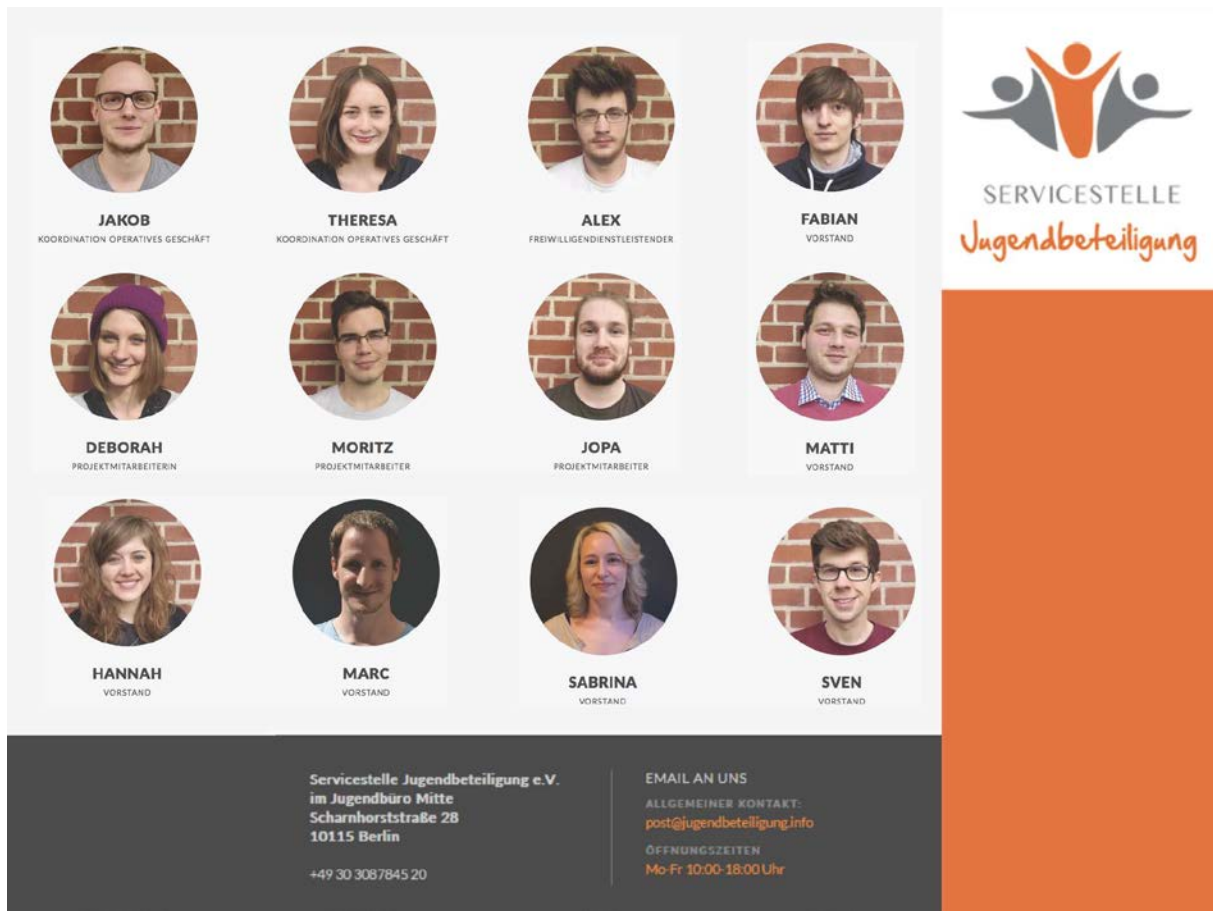
Der letzte Themenkomplex ist die Angst vor direkter Demokratie. Wir sind jetzt in einer Zeit des Aufstiegs des Rechtspopulismus. Wir hören ganz viel davon, dass Bürgerentscheide etc. derzeit eher nicht so eine tolle Idee sind. Beteiligung ist unserem Verständnis nach aber weder ein Bottom-up- noch ein Top-down-Prozess noch irgendetwas, was Wahlen auch nur nahe kommt, sondern wir verstehen das als Dialog. Wir verstehen es als das, was Politik ohnehin tun sollte. Wir verstehen es als das Implementieren von Formaten, die den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern in modernen Zeiten ermöglichen. Diese Beteiligungsergebnisse sind demnach auch nicht strukturell verbindlich wie es eine Wahl ist, sollten aber durchaus inhaltlich ernst genommen werden. Wir sollten hier also keine Scheinpartizipation betreiben – Scheinpartizipation ist das, was Sie bei dieser Partizipationsleiter vorhin in den unteren Stufen gesehen haben –, und es sollte auch keine Schaufensterpolitik betrieben werden.

## KOMPLEX 4



### Die Angst vor direkter Demokratie

- Beteiligung sollte weder bottom-up noch top-down verstanden werden, sondern als Dialog
- Beteiligungsergebnisse sollten nicht strukturell verbindlich sein, aber inhaltlich ernstgenommen werden
  - keine Scheinpartizipation
  - keine Schaufensterpolitik



**JAKOB**  
KOORDINATION OPERATIVES GESCHÄFT

**THERESA**  
KOORDINATION OPERATIVES GESCHÄFT

**ALEX**  
FREIWILLIGDIENSTLEISTENDER

**FABIAN**  
VORSTAND

**DEBORAH**  
PROJEKTMITARBEITERIN

**MORITZ**  
PROJEKTMITARBEITER

**JOPA**  
PROJEKTMITARBEITER

**MATTI**  
VORSTAND

**HANNAH**  
VORSTAND

**MARC**  
VORSTAND

**SABRINA**  
VORSTAND

**SVEN**  
VORSTAND

**SERVICESTELLE**  
*Jugendbeteiligung*

Servicestelle Jugendbeteiligung e.V.  
im Jugendbüro Mitte  
Scharnhorststraße 28  
10115 Berlin  
+49 30 3087845 20

EMAIL AN UNS  
ALLGEMEINER KONTAKT:  
[post@jugendbeteiligung.info](mailto:post@jugendbeteiligung.info)  
ÖFFNUNGSZEITEN  
Mo-Fr 10:00-18:00 Uhr

Das ist unser Team, und ich bin fertig.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank, Herr Fuchs! – Herr Jetschmanegg, jetzt sind Sie an der Reihe!

**Dieter Jetschmanegg** (Leiter des Fachbereichs Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam – WerkStadt für Beteiligung, Projektleiter des Leitbildprozesses der Landeshauptstadt Potsdam): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! Mein Name ist Dieter Jetschmanegg. Ich bin Fachbereichsleiter für Wirtschaft, Kommunikation und Beteiligung und darf in der Funktion auch den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters leiten, zu dem noch Recht, Personal und Organisation gehört.



Landeshauptstadt  
Potsdam

# Strukturierte Bürgerbeteiligung

## Ein Erfahrungsbericht aus Potsdam

Dieter Jetschmanegg

Landeshauptstadt Potsdam

Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

20.04.2017

Strukturierte Bürgerbeteiligung: Ein Erfahrungsbericht aus Potsdam

1

Ich berichte Ihnen hoffentlich in einem guten Überblick über unseren Versuch, seit einigen Jahren strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam umzusetzen. Ich beginne mit einer kleinen und kurzen Genese. Manche der Dinge erkläre ich nachher noch einmal im Spezifischen.


Herr Jakobs wurde 2010 wiedergewählt, und einer seiner wichtigsten Punkte war, dass er gesagt hat, wir müssen die Bürgerbeteiligung in den Mittelpunkt stellen. Wir haben uns mit verschiedenen Wissenschaftlern und Experten anderer Städte zusammengesetzt, haben ein Konzept entwickelt, wie so etwas aussehen könnte, haben die Zivilgesellschaft eingeladen und wollten mit der Zivilgesellschaft darüber sprechen, wie man so etwas umsetzen könnte. Die Zivilgesellschaft hat uns gesagt: Dass ihr uns schon bei der Erstellung des Konzeptes nicht beteiligt habt, ist für uns ein Zeichen dafür, dass ihr Beteiligung nicht ernst nehmt –, und dann haben sie uns mit dem Konzept erst einmal wieder nach Hause geschickt. Sie haben sich mit dem Konzept nicht auseinandergesetzt. Sie haben sich aber bereit erklärt und gesagt: Nein,

wir wollen das selbst, gemeinsam entwickeln – das ist vielleicht schon einmal ein erster wichtiger Prozess –, wir sind froh darüber, dass die Verwaltung, der Oberbürgermeister das auch will, aber wir wollen von ihm nichts vorgelegt bekommen, sondern wir wollen mit ihm darüber diskutieren, wie so etwas aussehen könnte. – Das haben wir seit 2011 gemacht. Wir haben dann im Jahr 2012 ein Konzept im Hauptausschuss beschlossen. Ich darf hier sagen: Es war kaum anders als das Konzept, das wir als Verwaltung vorgelegt hatten, aber ich glaube, es war doch von großer Bedeutung, was die Legitimation angeht, dass wir es gemeinsam erarbeitet haben.

## Genese des Projekts



Landeshauptstadt  
Potsdam


- 
- 2011
    - Expertenpapier: Vorstellung durch Oberbürgermeister und Ablehnung
    - Breite Beteiligung zur Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts
  - 2012
    - Beschluss des gemeinsam entwickelten Konzepts durch Hauptausschuss
  - 2013
    - Interessenbekundungsverfahren freie Trägerschaft
    - Auswahlverfahren zur Besetzung des Beteiligungsrates
    - Start der Arbeit der WerkStadt für Beteiligung

Wir haben eine besondere Konstruktion, eine WerkStadt für Beteiligung, die wir zweigeteilt haben. Sie besteht zu einer Hälfte aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und zu einer anderen Hälfte aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eines Trägervereins. Wir haben einen Beteiligungsrat. Das ist die sogenannte Zufallsauswahl. Das haben wir alles im Jahr 2013 das erste Mal im Sinne eines Modellprojektes gestartet.

## Genese des Projekts



Landeshauptstadt  
Potsdam

- 
- 2013
    - Erste Erfahrungen: Prozessbegleitungen, Beratung von Initiativen, z.B.
      - Planung und Durchführung Leitbildentwicklung
      - Zukunft der Wohnsiedlungen
      - Aktivierende Befragung im Stadtteil Stern etc.
  - 2016
    - Verstetigung Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung“
  - 2017
    - Blick in die Zukunft: Fokus liegt auf Strukturprojekte, z.B.  
Beteiligungsatlas, Vorhabenliste ...

20.04.2017

Strukturierte Bürgerbeteiligung: Ein Erfahrungsbericht aus Potsdam

3

Was haben wir gemacht? – Wir waren uns im Klaren darüber: Wenn wir jetzt in ein Modellprojekt gehen, dann können wir auf der einen Seite nicht nur über Prozesse und Strukturen sprechen, also sozusagen gleich mit Strukturen beginnen und Leitlinien entwerfen, sondern wir müssen natürlich auch den Menschen in Potsdam zeigen, dass wir es praktisch und ernst meinen. Deshalb gehören neben dem Versuch, festzustellen, was grundsätzlich zum Thema Bürgerbeteiligung gehört, auch ganz praktische Dinge dazu. Dazu gehört die Entwicklung eines Leitbildes, welches wir im Jahr 2015/2016 mit Bürgerbeteiligung gemacht haben. Wir haben mehrere sogenannte Wohnsiedlungen mit Bürgerbeteiligung in Sanierung gebracht. Das sind ehemalige restitutionsbehaftete Wohngebiete, die der städtischen Wohnungsgesellschaft gehören. Es ging um die Frage, wie man sie auf vernünftige Art und Weise saniert, sodass für die, die bis dato dort wohnten, die Möglichkeit besteht, weiterhin da wohnen bleiben zu können, und die Wohnungen gleichzeitig auf den klassischen Standard, klimatisch usw., gebracht werden konnten. Es ging darum, genau diese Balance hinzubekommen. Das haben wir über einen sehr langen Prozess ganz gut geschafft und verschiedene aktivierende Befragungen und Prozesse durchgeführt.

Wir haben in den drei Jahren sehr gute Erfahrungen gemacht. Wir haben das vom Deutschen Institut für Urbanistik evaluieren lassen. Sie haben uns drei Jahre lang begleitet. Sie haben also nicht hinterher draufgesehen, sondern sie haben drei Jahre lang mitgemacht, sind mitgelaufen und haben uns, denke ich, ein gutes Zeugnis abgegeben. Deshalb machen wir es jetzt seit 2016 im Sinne der Verstetigung.

Ich komme zu einigen Bestandteilen der strukturierten Bürgerbeteiligung. Wir haben, wie schon gesagt, eine WerkStadt für Beteiligung. Das begann unter dem Begriff Büro für Bürgerbeteiligung. Das Besondere, und das war Ergebnis des Prozesses von 2011 bis 2013, ist, dass wir in sehr ungewöhnlicher Weise – das Difu sagt uns, wir sind die Einzigen in Deutschland, die das so machen – im Prinzip eine Einheit haben, die zusammen arbeitet, aber aus zwei ganz unterschiedlichen Trägern besteht. Zum einen aus der Verwaltung – das sind Kolleginnen und Kollegen, die bei mir im Fachbereich sind –, und zum anderen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Vereins in Potsdam, der mitMachen e. V. heißt und sozusagen den externen Teil trägt.

## Bestandteile der strukturierten Bürgerbeteiligung



Landeshauptstadt  
Potsdam

### Zusammensetzung WfB

- zweiteilig und gleichberechtigte Struktur
- Verwaltungsintern/externe Trägerschaft

### Zusammensetzung BR

- 13 Einwohner der LHP
- 2 Mandatsträger SVV
- 2 Mitarbeiter der LHP
- max. 2 dauerhaft berufene Experten
- temporär bestellte Experten



Was ist die Grundidee dahinter? – Die Grundidee ist, dass man unterstellt hat, dass, wenn die WerkStadt für Beteiligung nur aus Verwaltungsmitarbeitern besteht und dann möglicherweise auch hoch angebunden beim Oberbürgermeister ist, es eine Grundskepsis geben könnte, dass Bürgerbeteiligungsprozesse, die weniger im Sinne des Oberbürgermeisters sind, auch nicht die entsprechende Unterstützung und den entsprechenden Zugang bekommen. Dass dies also über einen externen Träger besser möglich ist und ein externer Träger vielleicht auch besser in der Lage ist, zu bestimmten Gruppen der Gesellschaft einen Zugang zu finden, der im Zweifel der Stadtverwaltung sozusagen verwehrt ist. Ich kann heute schon sagen: Zumindest mit den handelnden Personen, mit denen wir seit drei Jahren zusammenarbeiten, klappt das ganz wunderbar. Die ganzen Bedenken, die am Anfang bestanden haben – dass es dabei um die Finanzierung eines Vereins geht, der indirekt versucht, die Stadtpolitik auf den Kopf zu stellen, indem er eher gegen die Verwaltung arbeitet oder, oder, oder –, haben sich nicht als wahr erwiesen.

Wir haben in einem Beteiligungsrat 13 Einwohner. Das sind Einwohner, ausgewählt über dieses Zufallsprinzip, von dem Herr Fuchs gerade gesprochen hat. Wir haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Beim letzten Beteiligungsrat im letzten Jahr haben wir 5 000 Menschen angeschrieben. Über 400 haben sich zurückgemeldet, die mitmachen wollten. Dann haben wir eine Veranstaltung gemacht, bei der über 200 von diesen 400 da waren, und am Schluss konnten wir natürlich nur 13 auswählen. Es war aber ein gutes Zeichen dafür, dass die Menschen wirklich ein großes Interesse daran haben. Wir können natürlich nur hinsichtlich des Alters, des Geschlechts und des Wohnorts auswählen; mehr Details haben wir nicht, aber das ist auch schon eine ganze Menge. Es sind zwei Mandatsträger der Stadtverordnetenversammlung dabei, zwei Mitarbeiter der Landeshauptstadt Potsdam, und wir haben zwei dauerhaft berufene Experten, unter anderem Herrn Professor Kleger von der Universität Potsdam. Das ist der Beteiligungsrat.



Zu den Grundsätzen der Beteiligung: Da werden Sie manches wiederfinden, was Herr Fuchs schon angesprochen hat. Es ging natürlich darum, dass man sich auch darauf verständigt: Auf welcher Basis machen wir eigentlich Bürgerbeteiligung? – Ich muss nicht alles vorlesen, aber ein paar will ich nennen: Es geht um die Verbindlichkeit, dass man es auch tatsächlich ernst meint. Es geht um eine angemessene Kommunikationskultur. Es geht aber auch um die Förderung einer Anerkennungskultur, das haben wir auch als einen sehr wichtigen Punkt, und es geht um die Chancengleichheit in Beteiligungsprozessen. Auch das stellen wir immer wieder fest, dass die Stadtgesellschaft davon ausgeht, dass sie bei Beteiligungsprojekten gegenüber Politik und Verwaltung im Zweifel benachteiligt ist, auch gerade, wenn die Projekte möglicherweise strittig sind.

## Die Grundsätze der Beteiligung



Landeshauptstadt  
Potsdam

Verbindlichkeit von Beteiligungsprozessen

frühzeitige Einbeziehung der Einwohner\_innenschaft

niedrigschwellige Informationsbereitstellung

angemessene Kommunikationskultur

7 klar und verständlich  
formulierte Grundsätze...

... legen fest, welchen  
Anforderungen Beteiligung in  
Potsdam genügen soll.

Aktivierung von Beteiligung: Einwohner\_innenschaft, Verwaltung

Fördern einer Anerkennungskultur

Herstellen von Chancengleichheit in Beteiligungsprozessen



Die WerkStadt für Beteiligung: Wir haben diese Bottom-up- und Top-down-Prozesse erst einmal für uns so definiert. Das heißt, aus der externen WerkStadt kommen eher die Prozesse von unten, aus der Stadtverwaltung, aus der Stadtverordnetenversammlung eher die Prozesse von oben. Ich will einen Punkt herausheben, der von großer Bedeutung ist, nämlich dass die Kolleginnen und Kollegen Anwälte des Prozesses und nicht der Inhalte sind. Das ist im schlechtesten Fall auch ein Problem, was die Loyalität z. B. gegenüber dem Dienstherrn angeht. Wenn der Dienstherr der Meinung ist, dass ein Bad an einem bestimmten Ort gebaut werden sollen, die gleichen Kolleginnen und Kollegen aber einen Beteiligungsprozess organisieren, der sozusagen von ihnen nur im Prozess und nicht im Inhalt dargestellt werden soll, dann müssen Sie so etwas ja auch erst einmal vermitteln. Es muss den Kolleginnen und Kollegen klar sein, dass sie, wenn sie den Beteiligungsprozess machen, nicht für den einen Standort, den der Dienstherr für richtig hält, werben, sondern sie tatsächlich nur den Prozess unterstützen. Das wiederum funktioniert mittelfristig nur über viele Prozesse, viele Projekte und die praktische Erfahrung der Stadtgesellschaft, dass so etwas geht, indem die handelnden Menschen es auch tatsächlich machen.

## Aufgaben der WerkStadt für Beteiligung



Landeshauptstadt  
Potsdam

- Begleitung „bottom-up“-Prozesse
- Begleitung „top-down“-Prozesse
- Anwälte des Prozesses, nicht der Inhalte
- Dokumentation und Veröffentlichung
- Orientierung an Grundsätzen der Beteiligung in Potsdam
- Entwicklung einheitlicher Standards für Beteiligungsprozesse
- Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und Einwohnerschaft
- Zusammenarbeit mit Beteiligungsrat

Der Beteiligungsrat soll den Prozess insgesamt begleiten, also sowohl was die Schritt-für-Schritt-Erarbeitung von Leitlinien und Ähnliches angeht, aber auch ganz konkret, was das Thema Begleitung von Prozessen betrifft. Das ist aus unserer Sicht von ausgesprochen großer Bedeutung.

## Aufgaben des Beteiligungsrates



Landeshauptstadt  
Potsdam

- Kommunikation mit Medien/Öffentlichkeit nach gemeinsamer Beschlussfassung
- Unterstützung, Beratung und Handlungsempfehlungen in Beteiligungsprozessen
- Weiterentwicklung „Strukturierte Bürgerbeteiligung“
- Ansprechpartner für Politik, Verwaltung und Einwohnerschaft
- Kritische Begleitung der Arbeit der WfB

Last but not least: Bei dem Leitbildprozess in Potsdam haben wir versucht, einiges zu berücksichtigen, was wir bei der Bürgerbeteiligung am Anfang möglicherweise falsch gemacht haben. Wir haben mit der Stadtgesellschaft erst einmal darüber gesprochen, ob die Art, wie wir sie einbinden wollen, überhaupt die richtige ist. Die Frage „dass“ war relativ klar, aber wir wollten hier nicht denselben Fehler machen, dass wir sagen: Super, wir machen Bürgerbeteiligung! – Dann laufen wir los, und irgendwann dazwischen sagen uns die Bürger: Es kann ja sein, dass ihr das als Bürgerbeteiligung versteht, aber wir nicht. – Dann haben Sie ein Problem, weil sozusagen der gesamte Prozess ausgekegelt wird, oder er verliert seine Legitimation. Wir haben von Anfang an mit der Bürgerschaft darüber gesprochen und haben auf ganz unterschiedliche Art und Weise versucht herauszufinden, ob es richtig ist, wie wir es angehen wollen. Sodann haben wir den Prozess Schritt für Schritt – mit unterschiedlichen Dialogphasen und auch Auswertungsvorentwurfsphasen, Rückkoppelungs- und Feedbackphasen – vorgenommen.

## Beispiel: Leitbildprozess Potsdam



Landeshauptstadt  
Potsdam



Wir haben es so ein bisschen an dem Bau eines Hauses aufgebaut, damit man sich das praktisch vorstellen kann. Beschluss und Einweihung ist der Spiegelsaal von Versailles. Das ist ja seit Neuestem eine Partnerstadt von Potsdam. – Vielen Dank! Ich freue mich auf die Fragen.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Frau Dr. Schröder, bitte!

**Dr.-Ing. Carolin Schröder** (TU Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft, Bereichsleiterin für Partizipation): Herzlichen Dank für die Einladung!



### **Leitlinienentwicklung für Bürger\*innenbeteiligung in Berlin – Erfahrungen aus Berlin und anderen Städten**

**Dr.-Ing. Carolin Schröder (TU Berlin /BTU Cottbus-Senftenberg/ EUREF)**

Ich arbeite an der TU Berlin und leite seit vielen Jahren den Forschungsbereich Partizipation. Mit dem Thema Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern befasse ich mich seit 20 Jahren; erst in Praktika auf der Suche nach einer Arbeit, sodann bin ich eingestiegen bei der Entwicklung von Leitlinien für Berliner Quartiere – der Beginn des Quartiersmanagements in Berlin, damals Wrangelkiez, Sparrplatz und Magdeburger Platz; also schon eine sehr lange Zeit. Im Moment arbeite ich in dem Projekt Neue Mobilität Berlin, zusammen mit dem Bezirksamt Charlottenburg und BMW, wo es darum geht, eine neue bedarfsgerechte Mobilität für die Zukunft zu entwickeln, und in einem zweiten Projekt Zukunftsstadt, wo es auch darum geht, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und Stakeholdern von der Mierendorff-Insel, ebenfalls im Bezirk Charlottenburg, eine umsetzbare Vision für den Bezirk für die nachhaltige Entwicklung zu entwickeln.

Ich habe sehr lange dazu geforscht: Was ist Bürgerbeteiligung? Was kann Bürgerbeteiligung? – Dazu gibt es unendlich viel Literatur. Ich habe gehört, Sie haben demnächst eine Veranstaltung, wo es speziell um die Beziehung zwischen Bürgerbeteiligung, Verwaltung und Politik geht. Daher heute ein bisschen mehr: Was weiß man eigentlich darüber, wie Bürgerbeteiligung bei den Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich ankommt? Was kann man daraus für eine Leitlinienentwicklung in Berlin lernen?

Wenn man sich die Beteiligungslandschaft in Deutschland und Berlin in den vergangenen Jahren anguckt, lässt sich durchaus feststellen, dass sich sehr viel zum Positiven, zum qualitativ Besseren getan hat. Zum einen hat sich die Idee von Bürgerbeteiligung verfestigt. Es wird relativ selbstverständlich daran gedacht, so etwas durchzuführen. In der Folge hat auch die Zahl der Möglichkeiten der Beteiligungsprojekte zugenommen. Man hat sehr viele Erfahrungen gesammelt, im Negativen wie im Positiven. Dadurch hat sich auf jeden Fall die Qualität verbessert, insbesondere wenn man das im Laufe der Jahre sieht. Das ist sehr schön auch ge-

rade am Quartiersmanagement in Berlin zu sehen, wie sich über Jahre durch regen Austausch und intensive Beschäftigung mit dem Thema sehr viele Kenntnisse entwickelt haben.

Man hat insbesondere im Bereich der informellen Bürgerbeteiligung und auf Quartiersebene Erfahrungen gesammelt. Auf der Landesebene gibt es bisher deutlich weniger und auch weniger positive Erfahrungen. Was man auch recht gut gelernt hat, ist, zu verinnerlichen, dass es nicht den Bürger gibt, sondern eine ganz große Vielfalt – wie es auch eine ganz große Vielfalt von Politikern, von Wirtschaftsakteuren und Verwaltungsakteuren gibt. Es ist wichtig, grundsätzlich schon mal miteinzubeziehen, dass man mit dieser Vielfalt auch umgehen muss.



**... was sich in Sachen Bürger\*innenbeteiligung/ ,Erwachsenenbeteiligung' in Berlin in den vergangenen Jahren getan hat**

- die **Zahl** der Angebote hat zugenommen,
  - die **Qualität** hat zugenommen, ibs. im Kontext Soziale Stadt
  - alle beteiligten Akteure haben viel **gelernt** (im Positiven wie im Negativen)
- Dabei v.a. Zunahme sowohl quantitativ als auch qualitativ im Bereich der sog. ,**informellen Bube**'
- auf **Quartiersebene**
- und in der Diversifizierung der **Ansprache** unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.

Was man mittlerweile recht gut weiß, ist: Wie kann man qualitativ gute zielführende Bürgerbeteiligung durchführen? Wie organisiere ich Prozesse? Wen kann und sollte ich einladen? – Was man weniger weiß, ist über die Zeit danach: Was bringt Bürgerbeteiligung tatsächlich auf längere Sicht? – Da gibt es bisher wenig systematische Untersuchungen. Als Beispiel aus der jüngeren Zeit: Es gibt diese Bertelsmann-Studie und vom Deutschen Städtetag, wo das erst einmal anfänglich untersucht wird. Es ist vor allem ein Problem der Finanzierung, dass wirklich jemand bereit ist, solche Studien zu finanzieren. Das Thema ist sehr wichtig, aber leider nicht förderwürdig, insbesondere nicht im Drittmittelbereich.

Dennoch lässt sich feststellen – unsystematische Stichproben, Vergleiche einzelner Fallbeispiele –: Die Zufriedenheit mit Beteiligungsmöglichkeiten steigt. Die Tatsache, dass man sich beteiligen kann, finden viele Menschen gut. Über den Nutzen von Beteiligung – wenn klar ersichtlich ist, dass tatsächlich etwas passiert, dass vielleicht in absehbarer Zeit die Ergebnisse veröffentlicht werden, dass etwas gebaut wird – steigt die Zufriedenheit mit Bürgerbeteiligung; das ist ein sehr wichtiger Faktor. Insbesondere steigt sie aber auch im Bereich dieser informellen Bürgerbeteiligung – nicht rechtlich verpflichtend; wir führen Foren durch, wir führen Planungszellen durch und machen Workshops usw.



Auch aus der **Sicht der Bürger\*innen** hat sich viel getan:  
Bertelsmann-Studie („Partizipation im Wandel – unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“ 2014), Deutscher Städtetag „Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung“ 2013, eigene Projekte und Forschungsarbeiten.

### **1. Zufriedenheit steigt**

### **2. Nachholbedarf besteht bei der direkten Demokratie**

Großer Nachholbedarf besteht aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger, das kommt auch bei der Bertelsmann-Studie heraus, im Bereich der direkten Demokratie. In Berlin z. B. wissen wir noch nicht so richtig gut: Wie kann man z. B. Volksentscheide sinnvoll durchführen, dass es vielleicht nicht so wird, wie es bei Tempelhof gelaufen ist? Wen kann man wie einbinden? – Im Bereich der direkten Demokratie gibt es aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger deutlich mehr Nachholbedarf.



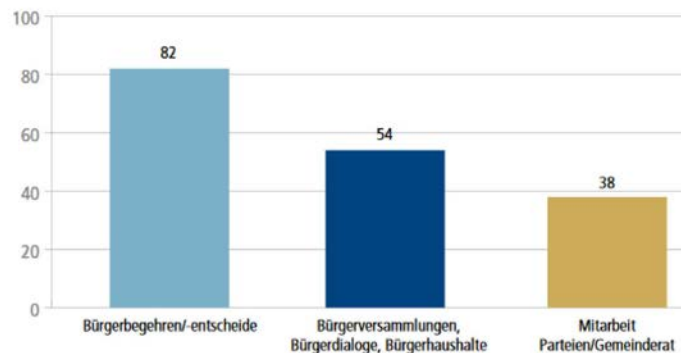
Das ist insbesondere deswegen ganz wichtig, weil: Bei einer Umfrage – das stammt auch aus dieser Bertelsmann-Studie; das ist jetzt für Berlin-Mitte – wurden über 20 Kommunen in Deutschland befragt, zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger, wie sie Bürgerbeteiligung einschätzen und welche Form sie möchten. Das sind natürlich Wünsche, und man weiß nicht, wie es dann tatsächlich aussehen würde. Es ist aber in fast allen Fällen ähnlich, in allen Städten, die befragt wurden, dass sehr stark gewünscht wird, dass man über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide Einfluss nehmen kann, etwas weniger über die sogenannte informelle Beteiligung oder Teilentscheidungen und deutlich weniger über die Mitarbeit in Parteien und anderen langfristigen Gremien. Das ist der Trend – Herr Fuchs hat es gerade schon erwähnt –, vielleicht mehr hin zum schnellen Entscheiden. Man hat sehr viele Dinge zu tun; es gibt sehr viele Themen, an denen man sich beteiligen könnte. Irgendwann muss man sich entscheiden: Was möchte ich? – In dem Sinne ist eine direkte Demokratie, Volksentscheide eine gute Möglichkeit, relativ wenig zeitintensiv aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger mitzubestimmen.

Andererseits ist es wünschenswert, insbesondere von wissenschaftlicher Seite, dass qualifizierte Meinungen abgefragt und diskutiert werden, die auch darüber entscheiden. Die Frage muss gelöst werden, wie man das schaffen kann.

**Abbildung 03: Anteil der Bürger, die sicher über diese drei Wege Einfluss auf die Politik nehmen würden**

Angaben in Prozent

Frage: „Welche der folgenden Formen würden Sie persönlich nutzen, um mehr Einfluss auf die Politik in Ihrer Gemeinde auszuüben?“



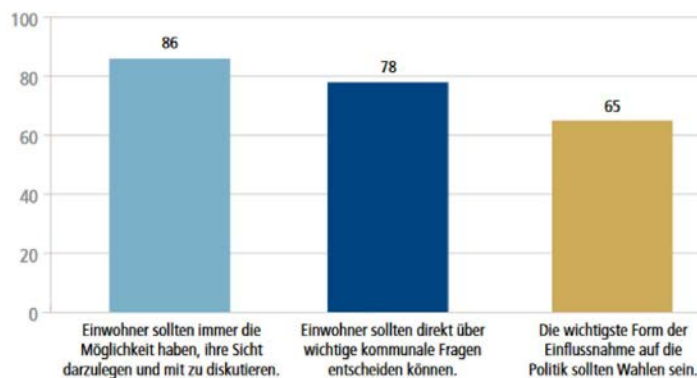
Basis: Grundgesamtheit: Einwohner von Berlin-Mitte im Alter über 18 Jahren. Stichprobe: 100 Personen

Quelle: Eigene Berechnungen auf Datengrundlage der Studie „Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“, Bertelsmann Stiftung 2014

BertelsmannStiftung

**Abbildung 02: Zukunft der Demokratie: Zustimmung zu Beteiligungsmöglichkeiten**

Angaben in Prozent



Basis: Grundgesamtheit: Einwohner von Berlin-Mitte im Alter über 18 Jahren. Stichprobe: 100 Personen

Quelle: Eigene Berechnungen auf Datengrundlage der Studie „Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“, Bertelsmann Stiftung 2014

BertelsmannStiftung

In dem Sinne fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger häufig nicht ausreichend informiert, vor allem darüber, dass es Beteiligungsmöglichkeiten gibt. Auch dazu gibt es ganz vielfältige Gründe. Es hat sich aber sehr deutlich gezeigt, dass, wenn es eine Kommune schafft, formale und informelle Beteiligungsmöglichkeiten transparent auf einer Internetseite zusammenzustellen, sodass man eine Anlaufstelle hat, um sich zu informieren: Ah, in der Region passiert etwas, da könnte ich mich beteiligen. –, das einen sehr großen Effekt im Hinblick auch auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit hat und dass das auch einer gewissen Überforderung der Zivilgesellschaft entgegenwirkt.



### 3. viele fühlen sich nicht genug informiert

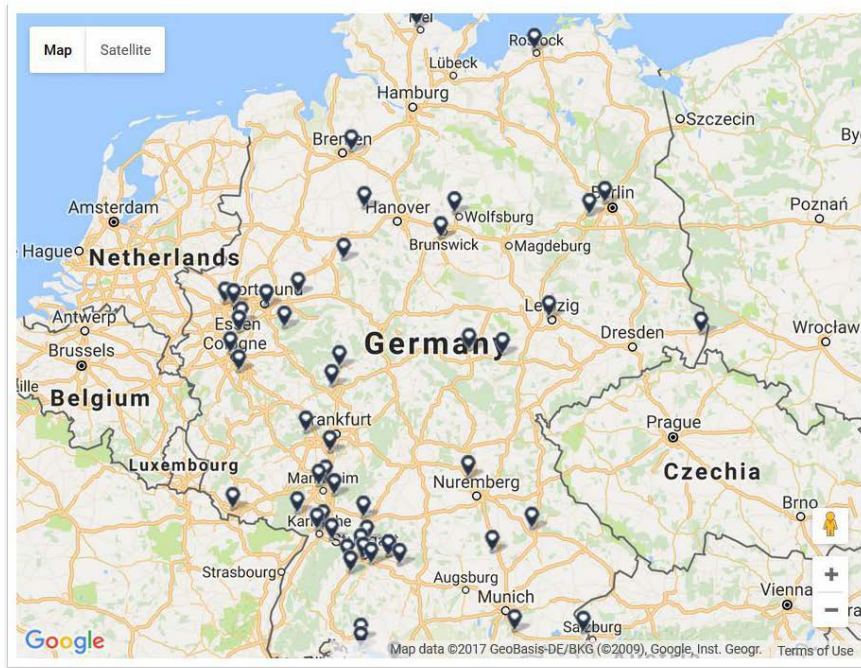
4. Mehr Transparenz notwendig (der Daten, Informationen, der Kosten, der Entscheidungswege)



Zusätzlich ist – auch aus Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger – mehr Transparenz notwendig. Es ist z. B. unklar, wie man an Informationen kommt. Wie können diese Informationen ausgetauscht werden? Welche Daten werden zur Verfügung gestellt? Was sind überhaupt die Kriterien, die an Beteiligungsprozesse gelegt werden, und von wem? Was sind die Ziele von Beteiligungsprozessen? – Das wären Punkte, die sehr gut in Leitlinien erfasst und zusammengetragen werden könnten, sodass man das auch nachlesen kann. Das trägt auch dazu bei, dass es vielen Bürgerinnen und Bürgern gar nicht richtig bewusst ist: Wie funktioniert die Verwaltung? – Wenn ich an einem Beteiligungsprozess teilgenommen habe: Was passiert dann mit meiner Meinung im Nachgang? Durch welche Gremien geht das? Warum dauert das vielleicht so lange, bis da mal irgendetwas passiert? – Solche Probleme, die großes Unverständnis gegenüber politischen und Verwaltungsentscheidungen hervorrufen, könnten dadurch durchaus aufgehoben werden.

Es gibt in Berlin die Herausforderung: Wir haben Erfahrungen mit Bezirken, wir haben aber auch die Landesebene. Es gibt unterschiedliche Beteiligungsansätze und Beteiligungskulturen auf diesen Ebenen. Wir haben zusätzlich noch Quartiere, die auch sehr viele oder bis hin zu gar keine Beteiligungsprozesse durchführen. Die Frage ist, wie das in Zukunft zusammenhängen kann und muss, insbesondere im Hinblick auf eine langfristig nachhaltige Stadtentwicklung, indem man z. B. unterschiedliche Standards auf Bezirksebene ansetzen würde. Auf Senatsebene trägt das natürlich noch viel mehr zur Verwirrung der Bürgerinnen und Bürger bei. Eine gewisse Abstimmung wäre da also sehr sinnvoll, insbesondere auch aus politischen Gründen, um viele Diskussionen zu vermeiden. Aus dem gleichen Grund wäre es auch sehr wichtig, in den Prozess auf die eine oder andere Art auch Mitglieder der Zivilgesellschaft dauerhaft oder zumindest regelmäßig einzubinden. Da gibt es schon sehr viele unterschiedliche Formate und Ideen.

Im deutschsprachigen Raum gibt es schon sehr viele Kommunen, die bereits Leitlinien für Bürgerbeteiligung entwickelt haben. Das ist zwar schlecht lesbar, aber jede Markierung steht für eine Stadt, die schon im Leitbildentwicklungsprozess ist, und da gibt es sehr viele Anregungen, wie das passieren kann, wie solche Arbeitsgruppen zusammengesetzt, wie die Mitglieder ausgewählt werden könnten.



Ich denke, da gibt es einen reichhaltigen Erfahrungsschatz, an dem Sie und wir alle in Berlin anknüpfen können. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Dann kommen wir zur Aussprache. – Frau Demirbüken-Wegner, bitte!

**Emine Demirbüken-Wegner (CDU):** Vielen Dank! – Vielen Dank an Sie, die Sie uns das Thema veranschaulicht und nachvollziehbar dargestellt haben! – Herr Jetschmanegg! Meine erste Frage geht in Ihre Richtung. Zu dem langjährigen Prozess, den Sie vollzogen haben: Gibt es in der Verwaltung eine zentrale Anlaufstelle zur Bürgerbeteiligung? – Wir haben des Öfteren, auch in der letzten Anhörung, gehört, dass fehlende zentrale Anlaufstellen in der Verwaltung den Prozess erschweren. Wie sieht da die Erfahrung bei Ihnen aus?

Darüber hinaus würde ich gerne wissen: Wird der Prozess wissenschaftlich beobachtet und begleitet? Gibt es eine Evaluation? Wenn ja, in welchen Zeitabständen?

Des Weiteren würde mich interessieren: Es ist ein enormer Aufwand auch für die Betroffenen, die das in die Wege geleitet und ins Leben gerufen haben. Wie viel Personal und wie viel finanzielle Mittel sind dafür zur Verfügung gestellt worden? Ist das bei Ihnen im Haushalt mit einem Titel unterlegt? Dies vielleicht zunächst zunächst einmal vorab in Ihre Richtung.

Herr Fuchs! Vielen Dank für die ehrlichen Worte, die Sie gefunden haben! Ich denke, der Prozess ist für uns alle sehr wichtig. Ich gehe davon aus, dass es keinem, der hier im Raum sitzt, nahe liegt, eine Scheinpartizipation oder gar eine Schaufensterpolitik in die Wege leiten zu wollen, insofern darf das Thema, das Sie angesprochen haben, nicht so nebenbei bearbeitet werden. Beim Akzeptanzfeld haben Sie darüber gesprochen, dass das ohne zusätzliches Personal und finanzielle Mittel nicht zu bewerkstelligen ist. Mich würde interessieren, welche Angebote und Ansätze von Ihnen durch die Nichtakzeptanz – sprich Personal und finanzielle Mittel – bis jetzt in die Wege geleitet worden sind oder Erschwernisse gehabt haben. Welche Projekte konnten Sie aufgrund dieser Engpässe nicht so umsetzen, wie Sie es gerne getan hätten? Welche Ideen haben Sie?

In Bezug auf die Herausforderungskomplexe haben Sie vier Bereiche genannt. Sie haben gesagt, diejenigen, die wir erreichen wollen, erreichen wir nicht. Da es dazu sicherlich Überlegungen in Ihren Reihen gibt, würde mich interessieren, wie man diese schwer zu erreichende – oder auch, mit Ihren Worten, nicht zu erreichende – Gruppe eventuell erreichen könnte.

Da es hierzu ein Wortprotokoll gibt, muss ich meine Frage von vorhin an die Senatsverwaltung, an Frau Chebli, noch einmal stellen: Mich würde – mit Blick auf das, was hier ausgeführt worden ist – interessieren, wie der Stand bei Ihnen im Hause in Bezug auf die Leitlinien aussieht, auf der einen Seite inhaltlicher Natur – Beteiligungsprozess, Steuerungsprozess –, zum anderen: Wir befinden uns in den Haushaltsvorbereitungen. Nach den Sommerferien werden wir mit den Beratungen anfangen. Gibt es da von Ihnen schon Überlegungen oder gar Vorstöße, dieses auch mit einem Haushaltstitel zu versehen?

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Der Nächste auf der Liste ist Notker Schweikhardt.

**Notker Schweikhardt** (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank für die Ausführungen! Ich versuche, es knapp zu halten. Spontan ist mir bei Ihnen, Herr Fuchs, aufgefallen: Es ist ja ein Ehrenamt. Vielleicht ist der Begriff „Amt“ da tatsächlich überholt, wenn die Leute sich punktuell und anlassbezogen engagieren. Da taucht ja auch auf, dass wir vielleicht in falschen Strukturen denken. Mich würde interessieren: Welche Form der Anerkennung kann da greifen? Wie können wir das, was da an Engagement kommt, ein Stück weit auch abholen?

Vielleicht ist es auch, Frau Dr. Schröder, möglich, dass so ein Weg zu einer Verstetigung führen kann, dass sich also jemand, der per Zufall ausgesucht wurde und mitmacht, über eine Anerkennung zu einer längerfristigen Bindung kommt. Wir merken selbst, dass das über die Parteien sehr zäh und sehr schwierig ist und dass die Leute schnelle Lösungen haben wollen. Das ist in der Tat eine schwierige Frage.

Herr Fuchs! Haben Sie schon konkrete Beispiele in Berlin, was die Thematik angeht, Partizipation an Schulen zu bringen und da schon einzubinden? Mich würde interessieren, inwieweit es Sinn macht, das tatsächlich schon sehr früh formalisiert anzufangen, so eine Art Partizipationsunterricht in Kitas und in Schulen. Inwieweit kommt das vor, sollte das stärker vorkommen, oder ist das schon abgedeckt? Wie gehen Sie auf Schulen, auf Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer zu? Kommen die zu Ihnen, gibt es da schon genug Nachfragebedarf, oder brauchen Sie – platt formuliert – einen Stand auf der YOU-Messe, um die zu erreichen? Haben Sie vielleicht ein Best-Practice-Beispiel für so eine gesetzliche Formulierung, an der man sich orientieren könnte, wo das besonders gut gelungen ist? Sie haben ja einen etwas breiteren Überblick als wir Berliner hier.

Herr Jetschmanegg! Wovor würden Sie uns warnen? Sie haben einen sehr langen Prozess in Potsdam hinter sich, der auch ziemlich erfolgreich wirkt. Was wäre der größte Fehler, den wir nicht machen sollten, und umgekehrt: Was wäre der wichtigste Schritt, den wir tun sollten? Das würde mich ganz konkret interessieren.

Frau Dr. Schröder! Es besteht sicherlich ein Defizit, die Landesebene besser zu erschließen. Das hat auch damit zu tun, dass auch die Stakeholder rotieren und in diesen langfristigen Prozessen manchmal gar nicht von Anfang bis Ende da sind. Haben Sie da Empfehlungen für eine softere Struktur, die man etablieren könnte, damit wir damit besser umgehen können? Und noch mal die gleiche Frage: Sollte dieser Beteiligungsgedanke schon früher erlernt werden? Klar, Schülersprecher etc. gibt es natürlich schon ewig, aber: Was gibt es da für neuere Ideen? – Das reicht erst einmal. Vielen Dank!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Dann ist Frau Klein dran!

**Hendrikje Klein** (LINKE): Auch von mir ein herzliches Dankeschön! Ich habe noch ein paar Fragen. Herr Fuchs! Sie möchte ich fragen, was Sie uns mitgeben könnten, inwiefern wir Jugendliche bei diesem Berliner Leitlinienprozess mit einbinden können, da sie vielleicht ein bisschen anders angebunden werden möchten als Erwachsene und sie in dem Alter von 14 bis

17 Jahren oft nicht drei Jahre Zeit haben, sich so einem ewig langen Leitlinienprozess zu widmen. Dennoch: Wie können wir Jugendliche darin einbinden?

Herr Jetschmanegg! Erst einmal herzlichen Glückwunsch zu dieser WerkStadt für Bürgerbeteiligung! Ich kenne sie und war schon dort, kenne auch die Verwaltungsseite. Das ist wirklich sehr gut gelungen, und ich finde, dass das für die Bezirke in Berlin eine Blaupause sein könnte, an der wir uns orientieren könnten. Sie hatten vorhin gesagt, 400 Leute haben sich zurückgemeldet, 13 mussten Sie für das Gremium auswählen: Wie sind Sie letztlich auf die 13 gekommen – per Losverfahren oder Haarlänge? – Ich hoffe nicht, aber irgendwie müssen Sie da eine Form gefunden haben.

Wir werden in der nächsten Ausschusssitzung noch eine Anhörung dazu haben, was Verwaltung braucht, trotzdem möchte ich Sie noch fragen: Es gibt ja ein paar Menschen, die speziell zu dem Thema eingestellt worden sind, die auch gut darin sind, sich auskennen und auch schon die richtige Haltung zu dem Thema haben. Wie kriegen Sie aber den Rest der Verwaltung da hin? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht, um dort, ich sage mal, ein paar Blockaden zu lösen?

Frau Dr. Schröder! Eine Frage an Sie: Würden Sie eine wissenschaftliche Begleitung dieses Prozesses für Berlin empfehlen? – Und vielleicht noch mal an alle: Was sagen Sie zu einer externen Begleitung dieses Prozesses, wenn das quasi nicht nur von der Verwaltung aus moderiert wird – als Beispiel –, sondern eben auch ein externer Dienstleister mit dazukommt? Auf welchen Zeitumfang muss sich Berlin eventuell einstellen, bis solche Leitlinien beschlossen werden können?

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Frau Korte!

**Karin Korte (SPD):** Erst mal herzlichen Dank an Sie alle drei! Das war wirklich sehr informativ. Ich habe eigentlich den ganzen Zettel voll, beschränke mich aber auf drei Fragen. Herr Fuchs! Sie haben gesagt, dass Organisation von Bürgerbeteiligung in der Verwaltung nur schwer möglich ist, wenn es keine zusätzlichen personellen Ressourcen und keine Menschen gibt, die auch etwas von dem Thema verstehen. Dieses Zitat nutze ich jetzt, um Herrn Jetschmanegg die Frage zu stellen, die eventuell ergänzend ist zu den Fragen, die vorher schon gestellt worden sind: Wie sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung gefunden worden? Wie sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die möglicherweise schon da waren, motiviert worden, da mitzuarbeiten? Wie sind sie weitergebildet worden?

Dann habe ich noch eine Frage zu dem Verein mitMachen e.V., weil ich das noch nicht so ganz verstanden habe: Ist das ein Trägerverein von mehreren anderen Vereinen? Wenn nicht: Wie repräsentativ ist dieser Verein? Wen vertritt er?

Dann habe ich noch eine Frage an Frau Dr. Schröder. Sie sagten, dass es sinnvoll sei, dass es eine Abstimmung zwischen Bezirken und Senat gebe. Haben Sie auch eine Idee, wie das am Sinnvollsten stattfinden könnte? – Danke schön!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Es kommen noch Herr Schlömer und Frau Radziwill dran, und dann würde ich erst mal einen Strich machen – weil sich alle Fraktionen zu Wort gemeldet haben –, damit Sie antworten können. – [Dr. Hugh Bronson (AfD):

Da irren Sie sich!] – Sie haben sich noch nicht gemeldet. Möchten Sie das noch? – [Dr. Hugh Bronson (AfD): Wenn Sie sagen, es haben sich alle Fraktionen gemeldet, dann irren Sie sich!] – Okay, Sie haben sich nicht gemeldet. – [Zuruf von Dr. Hugh Bronsons (AfD)] – Gut, in Ordnung! Dann mache ich danach den Strich.

**Bernd Schlömer** (FDP): Auch von mir herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, uns schlauer werden zu lassen! Ich habe einige Fragen, wobei einige schon von den Kolleginnen aus den anderen Fraktionen gestellt wurden. Vielleicht in aller Kürze – Herr Fuchs! Können Sie noch einmal ausführen, wie Sie nichtorganisierte Jugendliche in Partizipationsmodelle einbinden? Insbesondere würde mich auch interessieren, wie Sie Jugendliche mit Migrationshintergrund in Beteiligung einbinden. Vielleicht ergeben sich da auch neue Chancen zur Integration. Können Sie das kurz ausführen? Sodann: Wie verbindlich sind solche Entscheidungen aus der Jugendbeteiligung? Folgen Verwaltung und Politik den Entscheidungen, oder wird das zur Kenntnis genommen, und dann gibt man eine Kugel Eis aus und geht zum nächsten Tagesordnungspunkt?

Herr Jetschmanegg! Ich würde gerne etwas zur Rotation hören, das ist schon angeklungen: Wie wird sichergestellt, dass eine offene Partizipation im Sinne eines Rotationsprinzips in den Beteiligungsräten oder bei mitMachen e.V. realisiert wird? Oder sind das immer die gleichen informellen oder formellen Vorfeldorganisationen von Parteien, die sich dann wiederum bei solchen partizipatorischen Modellen engagieren?

Zum Dritten eine Frage an Frau Schröder: Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt es zu der Auswahl von Bürgerinnen und Bürgern? Sie hatten das in einem Nebensatz kurz angesprochen. Nach welchen Kriterien wird ausgewählt, und wer beteiligt sich?

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Dann Frau Radziwill!

**Ulker Radziwill** (SPD): Auch von meiner Seite vielen Dank für Ihre Ausführungen! Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass Frau Dr. Schröder festgehalten hat, dass sich in Berlin die Idee von Bürgerbeteiligung festgesetzt hat. Ich finde das sehr schön, auch, dass Sie das Positivbeispiel mit den Quartiersmanagementprojekten und -gebieten dargestellt haben. Ich glaube auch, dass Berlin hier eine ganze Menge vorgelegt hat und sich in einem guten Prozess befindet.

Ich habe drei Fragen. Vorhin haben Sie, Herr Fuchs, gesagt, Sie erreichen nicht die, die Sie erreichen möchten. Vielleicht können Sie sagen: Wer sind die, die Sie erreichen möchten? Sind das die, die wir vielleicht auch meinen, dass wir sie erreichen wollen?

Dann möchte ich ganz gerne an alle die Frage stellen: Der Karte zufolge, die Frau Schröder zum Schluss gezeigt hat, gibt es anscheinend viele positive Projekte in der Republik. Die Karte ist ein bisschen westlastig gewesen. Vielleicht, Frau Schröder, an Sie vorweg die Frage: Wie kommt das? Ist das eine andere Kultur, die dort vorherrscht, die in dem anderen Teil der Republik nicht vorhanden ist? – Eine Frage an alle: Das sind anscheinend überwiegend kleinere Gemeinden. Was muss eine Metropole wie Berlin – eine wachsende Stadt – eigentlich an Beteiligungsprozessen und Leitlinien grundsätzlich mitdenken? Kann es eigentlich die grundsätzliche Frage geben – eine Leitlinie für eine Stadt, für alle? Gibt es so einen festen Guss?

Oder müssen wir das Ganze in einem sehr wachsenden, mitdenkenden, sehr flexiblen Prozess handhaben? Was würden Sie uns für so einen Prozess mit an die Hand geben? – Vielen Dank!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Dann Herr Dr. Bronson! Sodann mache ich erst mal den Strich, den ich angekündigt habe.

**Dr. Hugh Bronson (AfD):** Auch von mir und von uns vielen Dank für die Vorträge! Es ist mir ein relativ unbekanntes Sujet; ich bin ganz neugierig und aufgeschlossen, mich da weiter zu informieren.

Herr Fuchs! Ich habe eine Frage an Sie. Sie haben gesagt, es sei kein Top-down-Prozess und auch keiner von unten nach oben, sondern Sie würden das als Dialog verstehen. Mir scheint es aber so, dass es – nach dem, was Sie vorgetragen haben, unterstützt auch von Ihren Kollegen – doch eine nichtformalistische Form von demokratischer Teilhabe ist, die kanalisiert werden soll. Vielleicht können Sie dazu noch etwas mehr sagen. Ihre Form der Jugendbeteiligung ist doch tatsächlich eine Initiative des politisch-administrativen Systems, und das kommt eben nicht von den Jugendlichen selber. Für mich ist das also kein Dialog, sondern wirklich ein Top-down-Modell. Vielleicht können Sie das etwas näher erläutern. – Danke!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Dann haben Sie die Möglichkeit zu antworten. Das machen wir jetzt in umgekehrter Reihenfolge. – Frau Dr. Schröder, möchten Sie anfangen? – Mit Blick auf die Uhr muss ich Sie leider alle bitten, knapp zu antworten, weil wir noch einen Tagesordnungspunkt haben, wo Frau Chebli da ist.

**Dr.-Ing. Carolin Schröder (TU Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft, Bereichsleiterin für Partizipation):** Gerne! Ich habe auch nur eine DIN-A4-Seite mit Fragen aufgeschrieben. Ich hoffe, dass ich sie alle habe. – Die erste Frage war nach der Anerkennung von Bürgerbeteiligung: Ist es möglich, durch Bürgerbeteiligung auch längerfristige Bindungen herzustellen? – Anerkennung erfolgt zum ersten Mal dann, wenn alle Beteiligten tatsächlich wahrnehmen, dass es ein ernsthafter Prozess ist, wenn man sieht, es geht voran, indem zum Beispiel Zwischenergebnisse mitgeteilt werden oder auch mal gesagt wird, warum jetzt doch eine Deadline nicht eingehalten wurde. Wenn also zu sehen ist, was bei diesem Prozess rauskommt, an dem ich mich persönlich beteiligt habe. Ich denke, das geht uns allen so, nicht nur sogenannten Bürgerinnen und Bürgern.

Es gibt leider keine systematischen Untersuchungen, ob das längerfristig gesehen werden kann. Dafür gibt es kein Geld. Ich habe das vor zehn Jahren mal ansatzweise in meiner Dissertation untersucht: Beteiligen sich Leute, die einmal aktiviert wurden, in Zukunft auch öfter? – Ich kann nur sagen, dass das Ergebnis sehr unterschiedlich ist. Es hängt sehr stark von dem Menschentyp ab, um das so verkürzt zu sagen, ob das passiert oder nicht. Es passiert, aber mittlerweile hat man eben auch die Erfahrung gemacht – es gibt ja bestimmte Beteiligungsformate, in die bestimmte Menschen über längere Zeit eingebunden werden, zum Beispiel die Quartiersräte, in denen auch eine gewisse Entscheidungsmöglichkeit durch Verfügbarkeit über kleine Geldbeträge gegeben war, oder in Arbeitsgruppen –, dass da die Menschen auf jeden Fall, auch mit Begeisterung, dabeibleiben. Es ist aber weniger wahrscheinlich und eben sehr thematisch abhängig, ob jemand, der sich zum Beispiel an einem Bürgerforum beteiligt hat, zwei Jahre später noch mal an einer Werkstatt oder einer Planungszelle, was auch

immer, teilnimmt. Das kann man so pauschal leider nicht sagen. Es hängt sehr stark von der Thematik ab, zusätzlich dazu, dass alle wenig Zeit haben.

Zu der Frage, die Landesebene zu erschließen – das kam mehrfach vor, wie man das verbinden kann –: Ich denke, es gibt schon ganz viele Erfahrungen in Berlin, deswegen ist es wichtig, diese Ebenen zu verbinden. Im Moment ist es auch meine Wahrnehmung, dass Bürgerbeteiligungsaktivitäten auf Bezirksebene bisher positiver wahrgenommen werden als auf Senatsebene. Also wenn das auch auf Landesebene mit der Bürgerbeteiligung ernst gemeint ist, kann das nur positive Effekte haben – auch für die Wahrnehmung –, diese Verknüpfung hinzubekommen und das eben auch klarmachen: Wir wissen, was wir in der Vergangenheit gemacht haben, wir wissen auch, was wir vielleicht falsch gemacht haben. Wir wollen daraus lernen, da auch transparent zu sein und eine spezifische Berliner Beteiligungskultur entwickeln. – Was das genau heißt, müsste in Leitlinien definiert werden, und ich denke, in dem Sinne ist es auf jeden Fall sinnvoll, berlinweite Leitlinien zu entwickeln. Die Frage ist tatsächlich: Bis zu welchem Detaillierungsgrad geht es? Also, wo ist auch die Schnittstelle zu den Bezirken? Was müssen wir da wirklich alles in die Leitlinien reinschreiben? Sind es Qualitätskriterien und grobe Ideen, wie Prozesse ablaufen sollen, wer beteiligt werden soll? Oder muss das sehr ins Detail gehen? – Verschiedene Kommunen haben da recht kurze Werke mit 15 Seiten, andere haben dazu bereits sehr ausführliche Werke erarbeitet. Das ist tatsächlich die Frage. So eine Struktur sollte auf jeden Fall auch mit einem Ansprechpartner oder einer Struktur, die man ansprechen kann, unterlegt werden, also einer Beteiligungsanlaufstelle für Berlin, die in der einen oder anderen Form eben auch mit den Bezirken verbunden ist. Es steht ja auch in der Koalitionsvereinbarung, dass Beteiligungsbeauftragte aus den Quartieren z. B. entwickelt werden sollten. Da wäre auf jeden Fall ein Austausch sehr wichtig.

Die Auswahl und die Ansprache von Zielgruppen hängt immer davon ab, was man eigentlich erreichen möchte, also: Was ist mein Thema, was ist mein Ziel? Wen will ich deswegen auch einbinden? – Nicht in allen Fällen ist es wirklich immer notwendig, alle Menschen, alle Bevölkerungsgruppen einzubinden. Man kann das wesentlich gezielter machen, indem man sagt, wir wollen jetzt mal eine bestimmte Gruppe befragen, die in den letzten Jahren nicht explizit angehört wurde. Oder wir machen es ganz offen und gucken mal, wer kommt. Oder wir versuchen – auch durch ganz spezifische Formate –, bestimmte Altersgruppen oder sonstige Interessengruppen einzubinden. Es gibt da sehr viele spielerische Möglichkeiten – gerade auch mit Smartphone-Einsatz und neuen Sachen, eben auch die Verbindung von offline und online –, Menschen tatsächlich anzusprechen. Das ist arbeitsaufwendig, zum Teil auch etwas ressourcenaufwendig, aber das kann man abstimmen, und es lohnt sich auf jeden Fall.

Warum eine Leitlinie auf Berliner Ebene? – Eben auch als Zeichen der Verbindlichkeit, auch der Transparenz, dass wir in Berlin tatsächlich eine bessere Beteiligungskultur haben wollen, deswegen diese Verknüpfung. – Danke schön!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Herr Jetschmanegg!

**Dieter Jetschmanegg** (Leiter des Fachbereichs Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam – WerkStadt für Beteiligung, Projektleiter des Leitbildprozesses der Landeshauptstadt Potsdam): Ich versuche es auch mal; ich hoffe, ich beantworte alle Fragen und dies auch kompakt und klar. Ganz wichtig ist zu Beginn: Jede Stadt ist anders. Als



eine Stadt mit 170 000 Einwohnern, die auch wächst, sind das Dimensionen Ihrer Bezirke, und eher der kleinen, glaube ich, wenn ich das richtig sehe. Das muss man sicherlich sehen.

Und auch wenn wir uns vom Difu haben evaluieren lassen, das vielleicht als Erstes: In den drei Jahren zwischen 2013 und 2016 hat eine Evaluierung durch das Deutsche Institut für Urbanistik stattgefunden. Wir haben für diese Evaluation jedes Jahr 20 000 Euro zur Verfügung gestellt. Wir haben festgestellt, dass wir im Austausch mit anderen Städten natürlich immer wieder die spezifische Situation von Städten berücksichtigen müssen. Ich glaube, gerade in Baden-Württemberg hat das auch viel mit der Tradition des ehrenamtlichen Engagements zu tun. Da gibt es einfach eine ältere Tradition, und daraus hat sich dann zum Teil auch eine Bürgerbeteiligung entwickelt; das aber nur nebenbei. Ich glaube, es gibt keine Beteiligungsblaupause im eigentlichen Sinn.

Ja, wir haben eine zentrale Anlaufstelle in der Verwaltung, das ist der sogenannte interne Teil der WerkStadt für Beteiligung. Das sind zweieinhalb Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Fachbereich, die dafür da sind. Die haben zusätzlich noch 40 000 Euro, mit denen sie Öffentlichkeitsarbeit oder Projekte etc. finanzieren dürfen. Der externe Teil der WerkStadt für Beteiligung, der im Moment von mitMachen e. V. übernommen wird, wird alle drei Jahre ausgeschrieben – das auch zur Frage der Rotation. Das heißt, alle drei Jahre machen wir einen Wettbewerb: Wer wird sozusagen der externe Teil der WerkStadt für Beteiligung? – Dafür stehen insgesamt 150 000 Euro zur Verfügung. Es besteht also die Möglichkeit, ungefähr zwei bis drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen und sich dann entsprechend auch mit Projekten zu engagieren, und das, ich sage mal – in Klammern –, in einem Haushalt von 600 Millionen Euro, die die Stadt Potsdam hat, nur dass Sie vielleicht irgendwie eine Relation herstellen können.

Wir wollen es auch weiterhin evaluieren, jetzt nicht nur die Modellphase zwischen 2013 und 2016, sondern auch fortfolgend. Wir haben uns aber noch nicht darauf verständigt, wie das genau aussehen soll, glauben aber, dass es klug ist, dass wir das so machen.

Das Thema Anerkennung ist uns ausgesprochen wichtig. Ich will zumindest noch die Frage in den Raum stellen, ob man versuchen sollte, die Bürgerinnen und Bürger auf Dauer oder längerfristig zu binden. Ich persönlich bin der Meinung, es ist gut, wenn sich Bürgerinnen und Bürger regelmäßig dort engagieren, wo sie es für richtig und wichtig halten. Dazu müssen sie aber viele Dinge wissen und viele Ressourcen haben. Man muss sie aber, glaube ich, nicht immer gleich auf Dauer binden, so nach dem Motto: Wenn jemand drei Mal dabei war, dann gucken wir mal, dass wir ihn gleich in irgendeinen Rat oder sonst wo reinpacken, und dann haben wir ihn wieder. – Ich glaube, genau mit dieser Ambivalenz – ohne dass ich die schlecht finde – sollte man durchaus umgehen.

Sie haben gefragt, wovor ich Sie warnen würde und was aus meiner Sicht die wichtigen Dinge sind. Ich will es mal an folgenden Punkten benennen. Das Eine ist: Beteiligen Sie auch schon bei der Frage der Beteiligung! Das ist das, was ich schon zwei Mal sehr deutlich erwähnt habe. Denken Sie sich bitte nichts aus und sagen dann der Zivilgesellschaft: So machen wir jetzt übrigens Beteiligung. Und wenn ihr da nicht mitmacht, dann wollt ihr offensichtlich keine Beteiligung. – Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Und dann: Haben Sie Vertrauen, Geduld, und seien Sie zäh! Ich glaube, dass es dazugehört, dass man nicht immer gleich, wenn Ihnen möglicherweise mal eine Veranstaltung gesprengt wird, wenn die Leute Ihnen die Papiere vor die Füße werfen – ich will es gar nicht dramatisieren, obwohl so Bilder manchmal ganz sinnvoll sind – sagt: Gut, okay, dann lassen wir das eben. Wir haben ja eine Mehrheit, oder wir haben eine Koalition, oder wir haben die Verwaltung, wir sind stark genug, dann versuchen wir es in drei Jahren noch mal. – Nein, ich bin davon überzeugt, dass die Menschen großes Interesse haben und dass man viele dafür gewinnen kann. Man muss aber eben genau diese Geduld und Spucke – wenn ich das so sagen darf – mitbringen. Das würde ich Ihnen dringend raten, dass Sie das machen.

Es wäre sehr schön, wenn wir sagen könnten, wir wählen die Menschen aus dem Beteiligungsrat aus, wie es möglicherweise mir oder jemand anderem am besten passt, aber nein, es ist ein Losverfahren. Wir haben so was wie Lottokugeln genommen und die Menschen entsprechend ausgewählt. Alle drei Jahre wird der Beteiligungsrat neu besetzt. Auch hier gibt es also ein gewisses Rotationsverfahren; das war ja Ihre Frage. Der Beteiligungsrat ersetzt aber in keiner Weise alle anderen Formen von Beteiligungen, zum Beispiel, wenn es um Bebauungspläne geht, wenn es um eine neue Baumschutzordnung geht etc. Dann ist der ja nicht anstatt der anderen Beteiligungen, sondern diese Beteiligung – in Anführungszeichen – läuft ganz automatisch mit. Der Beteiligungsrat soll vielmehr eher schauen, ob wir uns an unsere Grundsätze halten, ob wir transparent genug sind, ob wir eine vernünftige Kommunikationskultur haben usw., ob das eingehalten wird. Das ist die Aufgabe, die der Beteiligungsrat hat.

Wie nehme ich die anderen Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung mit? – Da ist das Wichtigste, dass der Oberbürgermeister – in unserem Fall – sagt: Ja, das ist ein Projekt, das von zentraler Bedeutung ist, und ich habe die große Erwartung, dass Sie da entsprechend mitmachen. – Natürlich saßen da viele mit dem üblichen Messer, dem offenen, in der Tasche, auch in der Verwaltungsspitzenrunde, und hatten so ihre Skepsis, was das denn wohl sei. Denn, das will ich vielleicht noch kurz ausführen: Stadtplaner z. B. gehen natürlich davon aus, dass sie per se schon die eigentlichen Bürgerbeteiligter sind, sie also gar nicht so richtig verstehen warum.

Der zweite wichtige Punkt ist aber: Ich habe festgestellt, dass durch die Kolleginnen und Kollegen, die einen guten Job in der WerkStadt für Beteiligung – intern wie extern – gemacht haben, die anderen Kolleginnen und Kollegen gemerkt haben: Oh, das ist klasse! Die helfen mir dabei! Denn wenn ich eine öffentliche Veranstaltung zur Baumschutzverordnung mache, dann habe ich eine Idee vom Inhalt, aber ich habe keine Ahnung von der Moderation, von der Methodik. Und dass die mir das alles abnehmen und ich mich nur noch um meinen Inhalt kümmern darf, das hilft mir. Ob ich dann immer gewinne, ist noch mal eine andere Frage. Ich habe aber nicht diese Doppel- und Dreifachbelastung: Ich muss meine Idee, meine Position verkaufen, dann soll ich das auch noch vernünftig moderieren, und ich soll mir eine vernünftige Methode ausdenken. – Das ist in der Regel nicht gegeben.

Wie haben wir die Kolleginnen und Kollegen ausgewählt? – Tatsächlich war der Erste – in Anführungszeichen – ich, weil der Oberbürgermeister gesagt hat: Mach du das mal 2011! – Dann habe ich einen Auszubildenden gefunden, der mit mir da weitergelaufen ist, und dann haben wir weitere Kolleginnen und Kollegen extern eingestellt. Das sind ganz neue Stellen, die wir geschaffen haben. Ähnlich ist das auch bei mitMachen e.V. Auch die haben in Pots-

dam Beschäftigte gefunden, die sich da entsprechend engagieren und das auch leben; das merkt man denen auch an.

MitMachen e. V. hat als Trägerverein begonnen. Der Stadtjugendring und andere mehr, die Arbeiterwohlfahrt usw. waren mit dabei. In der Zwischenzeit ist er das nicht mehr, sondern er ist ein klassischer Verein, wo natürliche Personen Mitglied sind. Wie ich aber schon gesagt habe: Für uns ist von Bedeutung, dass wir diesen Teil alle drei Jahre neu ausschreiben. Wir hatten beim letzten Mal vier oder fünf Bewerber auf diesen externen Teil. Daran besteht also schon Interesse. Da können wir auch immer wieder gucken, wer neu hinzukommt. – Ich hoffe, ich habe alles und ausführlich dargestellt; danke schön!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Frau Dr. Schröder!

**Dr.-Ing. Carolin Schröder** (TU Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft, Bereichsleiterin für Partizipation): Ich habe noch drei Fragen vergessen, und zwar: Wie lange dauern solche Leitlinienprozesse? – Ich verweise hierzu auf die Website der Stiftung des Netzwerks Bürgerbeteiligung – daher hatte ich auch diese Folie zu der Frage, wo bereits Prozesse stattgefunden haben –: Eine unsystematische Stichprobe hat ergeben, dass keiner länger als anderthalb Jahre gebraucht hat, auch wenn sehr viele unterschiedliche Formate hintereinandergeschaltet wurden, inklusive aller Beratungen durch alle Gremien. Es gab auch welche, die ungefähr ein dreiviertel Jahr gebraucht haben.

Eine externe Begleitung des Prozesses ist in der Regel durchaus sinnvoll. In Bonn hat das z. B. die Stiftung Mitarbeit durchgeführt. Moderatoren, die erfahren sind, in die Vertrauen gesteckt wird, dass sie das gut hinbekommen, sind auch wichtig. Eine wissenschaftliche Begleitung ist auf jeden Fall wünschenswert – insbesondere wenn man dann noch die Erfahrungen z. B. aus Potsdam oder anderen Städten einbezieht –, um allen beteiligten Akteuren genau diese Lerneffekte verdeutlichen zu können. Deswegen fände ich das sehr wichtig. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Danke für die Ergänzung! – Herr Fuchs, bitte!

**Jakob Fuchs** (Koordination Operatives Geschäft, Servicestelle Jugendbeteiligung e. V. im Jugendbüro Mitte): Die erste Frage bezog sich auf die Behinderung durch Bürokratie und Verwaltung, welche Projekte wir als Servicestelle Jugendbeteiligung nicht umsetzen können. – Ich habe das Beispiel einer sehr großen süddeutschen Stadt, bei der wir das All-inclusive-Paket an Jugendbeteiligungsformaten durchführen sollten, was dann auch alles unterschrittsreif war und daran gescheitert ist, dass die eigens dafür angestellte Fachkraft nach einem Mutterschaftsurlaub einer Kollegin leider nicht weiter angestellt wurde. Das sind Ärgernisse, die, wie ich von Kollegen weiß, sehr häufig vorkommen, also Personalfuktuation an verantwortlicher Stelle.

Ein weiteres plakatives Beispiel ist unser Schülerhaushalt in Mitte, wo wir sehr viele – oder besser: übersichtliche – Mittel zugesichert bekommen haben und der politische Wille da ist, die Abstimmung zwischen Politik und Verwaltung aber derart mangelhaft ist, dass nicht aufgefallen ist, dass keine Personalkosten durch die Verwaltung des Bezirks Mitte übernommen werden dürfen, weswegen wir da gerade mit Eigenmitteln zusteuern. Das sind Dinge, dass man sich als externe Organisation im Kampf gegen Windmühlen befindet, wenn man mit verschiedenen Ansprechpartnern im öffentlichen Sektor interagieren muss, also mit Politik und Verwaltung. Wir betreiben das professionell, und wenn wir da schon Probleme haben, ist das Leuten, die engagementbereit und engagementinteressiert, aber etwas unbedarft sind, an wen sie sich wenden müssen, sehr schwer zu vermitteln.

Wie erreicht man nicht zu Erreichende? Das ist eine sehr schöne Frage gewesen. – Vor allem durch innovative Formate. Ich habe davon gesprochen, dass nur, weil wir in einem Parlament sitzen, wir nicht für Jugendliche auch wieder ein Parlament bauen müssen, damit die dann irgendwelche Entscheidungen treffen. Innovative Formate können sehr unterschiedlich sein. Wir befinden uns z. B. gerade in Gesprächen mit der Stadt Kassel. Was wir ihnen vorgeschlagen haben, ist, dass man aktiv Menschen mit Flüchtlingshintergrund und geflüchtete Kinder

einbindet, weil sie hier noch nicht – im Arbeitskontext würde man jetzt von betriebsblind sprechen – alles für selbstverständlich nehmen, weil sie nicht in dieser Welt, in diesem Umfeld sozialisiert wurden. Die spiegeln uns einfach: Was funktioniert in Deutschland besser, und was fanden sie dort besser? – Das sind interessante Formate, über die bisher wenig nachgedacht wurde.

Ebenso interessant ist es, Anreize zu schaffen. Jugendliche, die man nicht durch das erste Treffen zum Jugendparlament oder durch ein großes Jugendforum usw. erreicht, erreicht man durch Anreize wie – sehr plakativ und etwas ausgelutscht – Graffiti-Workshops oder Ähnliches, wo etwas Hands-on, wo etwas Praktisches gemacht wird, was Jugendliche in ihren Lebenswelten abholt und wo nebenbei Beteiligung vermittelt wird, Meinungen abgefragt werden und interaktiv und auf Augenhöhe kommuniziert wird. Die Verbindung mit wirklichen Incentives und Anreizen an Jugendliche ist auf jeden Fall sehr förderlich.

Welche Form der Anerkennung kann im Ehrenamt greifen? – Die einfachste Antwort ist: Wirkung. Wenn Beteiligung stattfindet und die Leute merken, dass diese Beteiligung irgendeine Wirkung erzielt, dann ist das Anerkennung, und das ist die ehrlichste und großartigste Anerkennung, die man geben kann. Ich bin kein großer Fan davon, Leuten eine Urkunde zu geben, die sie sich ins Zimmer hängen: Du hast erfolgreich am Beteiligungsworkshop teilgenommen –, oder Ähnliches. Das findet alles statt, ist auch ein schönes Nice-to-have, aber wenn keine Wirkung erzielt wird, brauchen wir uns nicht weiter darüber zu unterhalten. Man sollte Engagement sexy machen. Man sollte eine Bühne stellen; das meine ich jetzt nicht im wortwörtlichen Sinne. Preise für ehrenamtliches Engagement sind z. B. ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn Leute nämlich merken, sie tun etwas Gutes und erfahren dadurch eine solche Anerkennung, dann ist es neben der Wirkung, die ich nicht oft genug betonen kann, wohl das Beste.

Konkrete Partizipationsbeispiele an Schulen in Berlin wurden abgefragt. – Es ist so, dass Schulen sich mittlerweile kaum noch vor der Kaltakquise von Organisationen retten können, wo alle möglichen Organisationen an Schulen irgendetwas tun wollen. Das passiert aber von Schule zu Schule punktuell. Mir ist außer unserem Schülerhaushalt kein Projekt bekannt, das an vielen Schulen parallel läuft und Partizipation an sich als Kernschwerpunkt hat.

Wie gehen wir auf Lehrerinnen und Lehrer zu? Das war eine Detailfrage. – Tatsächlich ist es so, dass Lehrerinnen und Lehrer auf uns zugehen. Wir sind mittlerweile in Berlin recht etabliert, und Lehrerinnen und Lehrer erfahren von Kolleginnen und Kollegen, dass in Schulen unser Projekt umgesetzt wird. Sie wollen das gerne tun, und wir müssen sie dann meistens an den Bezirk verweisen, weil die finanzielle Unterstützung, also die Regiekosten – wir führen dann die Regie – natürlich auch von irgendwem getragen werden müssen. Das heißt, hier ist der Flaschenhals tatsächlich wieder die Verwaltung; die Projektierung läuft in der Regel darüber.

Welche Best-Practice-Beispiele gibt es für gesetzliche Regelungen? – Es gibt kein Best Practice. Das ist die beliebteste Frage, die ich am Telefon gestellt bekomme: Wo gibt es Best-Practice-Beispiele? So nach dem Motto: Wir gucken uns das an. Sie machen das am besten, und wir machen es auch so. – So einfach ist das leider nicht. Es ist ein noch recht unbestelltes Feld, und verschiedenste Kommunen machen sich da jetzt auf den Weg. Es gibt dieses Modellprojekt 16 Kommunen. Ziel war, dass es in jedem Bundesland eine ist. 16 jugendgerechte

Kommunen, die alle an ganz unterschiedlichen Dingen scheitern und dann aufstehen und es besser machen. Es gibt kein Best Practice. Baden-Württemberg ist auf Landesebene das fortschrittlichste, dadurch, wie ich vorhin in meinem Input-Referat schon gesagt habe, dass die Kommunen in der Pflicht sind, proaktiv auf die Zielgruppe zuzugehen.

Wie können Jugendliche beim Berliner Leitlinienprozess eingebunden werden? – Ich hatte vorhin gesagt, die Jugendlichen sind vermehrt an Schulen und im digitalen Raum zu finden. Folglich muss es eine hybride Kampagne sein, die die Jugendlichen einbindet. Es sollte veranstaltungsbasiert sein. Es bietet sich natürlich die Schule als Veranstaltungsort an. Aber nicht alle Jugendlichen – da müssen wir uns eigentlich über die Definition von Jugendlichen nach UN unterhalten: Definition von 14 bis 27 – sind mehr an Schulen, das heißt, da muss man auch weitergucken. Was sich aber anbietet, um jetzt ganz konkret zu werden, ist die sogenannte U-18-Wahl. Die U-18-Wahl ist etabliert und existiert seit Jahrzehnten. Sie ist eigentlich sehr symbolischer Natur. Bei der U-18-Wahl gibt es mobile und stationäre Wahllokale. Die Jugendlichen sind dazu aufgerufen, ihre Stimme für eine Partei abzugeben. Am Ende wird ausgezählt und verkündet, wie diese Jugendlichen gewählt hätten, hätten sie denn wählen dürfen. Das ist im Kern nicht so wahnsinnig toll, wenn wir darüber sprechen, wie hoch der Grad an Jugendbeteiligung ist, allerdings wird diese Veranstaltung immer gerahmt von vielen anderen Veranstaltungen zur Jugendbeteiligung, wo dann wirklich in einen Dialog getreten wird, wo Workshop-Formate und Veranstaltungsformate stattfinden. Deswegen bietet sich die U-18-Wahl geradezu an. Sie findet im Herbst dieses Jahres statt, was nicht mehr so weit hin ist.

Die Frage, wie man nichterreichte Jugendliche einbinden kann, habe ich hoffentlich vorhin schon beantwortet. – Wie verbindlich sind Entscheidungen mit Jugendbeteiligung? – Die Juristenantwort wäre jetzt: Es kommt darauf an. Es kommt tatsächlich darauf an, wie ernst das Ganze genommen wird. Ich habe vorhin schon gesagt, strukturell unverbindlich, inhaltlich sollte es verbindlich sein. Das heißt, Jugendbeteiligung wird von oben initiiert – um auch auf eine andere Frage zu antworten. Es ist tatsächlich am Anfang, auch bei Bürgerbeteiligung insgesamt, ein Top-down-Prozess, also die Initialzündung, aber es ist sicherlich nicht das Ideal. Daraufhin sollte eine Art gemeinsame Ebene auf Augenhöhe gefunden werden, und es sollte sich ein Dialog etablieren. Es ist in der Praxis manchmal verbindlich, manchmal unverbindlich. – Es tut mir leid, wenn ich vorhin Leuten zu nahe getreten sein sollte, als ich vor Scheinpartizipation und Schaufensterdemokratie gewarnt habe. Meine Erfahrung ist, dass Bürgerbeteiligung immer noch ein Orchideenfach ist und sehr unterschiedlich ernst genommen wird, was da passiert. Deswegen kann ich das nicht genug betonen.

Zur Frage, wen wir erreichen möchten: Die Antwort ist ganz einfach – alle. Und eben auch die Leute, bei denen es vielleicht ein bisschen länger dauert, sie zu erreichen, die Leute, die nicht kommen, weil sie immer kommen, weil sie schon 13 Ehrenämter haben, sondern, um es klar und deutlich – mit mir persönlich schwer über die Lippen kommenden Worten – zu sagen: die man sozial benachteiligt und bildungsfern nennt. Diese Menschen auch als Zielgruppe ins Auge zu fassen ist, finde ich, Bürgerpflicht.

Geht eine Leitlinie für die ganze Stadt? – Darauf habe ich vorhin schon einmal aufmerksam gemacht. Wir sprechen hier über „Erfahrungen in anderen Städten und Perspektiven für Berlin“. Berlin ist für mich ein Sonderfall, weil es für mich eher als Bundesland begreiflich ist und die Bezirke sehr heterogen sind. Leitlinien sind erst einmal etwas, was man dann auf un-

teren Bezirksebenen auch immer noch interpretieren und ausschmücken kann. Ich würde mir, wenn ich an Ihrer Stelle diese Leitlinien erarbeiten würde, die ganzen Bezirke vorher sorgsam angucken, um etwas aufzubauen, was für die Bezirke auch genügend Aussagekraft hat und sie alle mitnimmt. Also, es ist möglich für Berlin, aber ich weise auf die Heterogenität Berlins hin, wenn Sie da etwas Allumfassendes wünschen. Damit habe ich meine Fragen abgearbeitet. – Danke!

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – Ich würde gerne, weil wir noch einen weiteren Tagesordnungspunkt haben, hier abschließen und die Staatssekretärin noch bitten zu kommentieren, was wir diskutiert haben. Dann können wir zum nächsten Punkt kommen. – [Zuruf von Emine Demirbüken-Wegner (CDU)] – Genau!

**Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzI):** Ehrlich gesagt, wollte ich das jetzt nicht groß kommentieren. Wir haben einiges mitgenommen, sehr interessante Anregungen, die auch für mich als jemand, der diesen Posten neu übernommen hat, sehr hilfreich und wertvoll sind, vor allem das, was Sie ganz zum Schluss gesagt haben, Herr Fuchs, dass es ein heterogener Prozess ist. Es ist für mich ganz wichtig, sich auf den Weg zu machen und zu hören: Was gibt es denn? Wie sind die Bezirke bisher in diesem ganzen Beteiligungsprozess engagiert, und welche Rolle kann meine Rolle in dem Prozess sein?

In dem Zusammenhang auch die Antwort auf Ihre Frage, Frau Demirbüken-Wegner: Im April hat der Senat, so wie Sie richtig gesagt haben, Eckpunkte zur Erarbeitung von Leitlinien für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der Stadtentwicklung beschlossen. Mit dieser Vorlage erfüllt der Senat einen Teil der von Ihnen geplanten Erarbeitung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung. Ein wichtiger Aspekt ist das Thema Transparenz bei diesen Beteiligungsverfahren in Bezug auf die Fragen der Stadtentwicklung. Hier wollen wir vor allem die Online-Partizipationsplattform [mein.Berlin.de](http://mein.Berlin.de) stärker nutzen und sie als umfassende Informationsquelle ausbauen. Hier auch meine Bitte an Sie: Ich glaube, dass wir alle gemeinsam das Potenzial dieser Plattform noch nicht genug nutzen. Letztendlich wurde sie ins Leben gerufen, auch mit einer verpflichtenden Maßgabe an die Verwaltung und Bezirke, alle Beteiligungsaktivitäten dort aufzuführen, damit die Bürgerinnen und Bürger, die sich beteiligen wollen, die Interesse haben und wissen wollen: Was gibt es für Möglichkeiten, sich zu beteiligen? –, auf diese Webseite gehen können, um einen Eindruck zu erhalten und sich ganz konkret informieren zu können. Meine Bitte an Sie wäre: Werben Sie für [mein.Berlin.de](http://mein.Berlin.de)! Ich glaube, dass da noch ganz viel Spielraum nach oben ist, was die Nutzung dieser Online-Partizipationsplattform angeht.

Was die Leitlinien für Bürgerbeteiligung an der Stadtentwicklung angeht, soll ein Arbeitsgremium gebildet werden, das aus Vertretern der Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zusammengesetzt ist. Den Auftakt wird ein Stadtforum mit dem Titel „Wo ist noch mehr Bürgerbeteiligung nötig?“ bilden. Das Ganze soll noch vor den Sommerferien stattfinden. Auf der Grundlage dieser Vorlage, dieser Eckpunkte soll eine Handreichung entwickelt werden, die Prinzipien und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an der Stadtentwicklung aufzeigt.

Was Ihre Frage an die Senatskanzlei angeht, was wir planen, was ich als Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement plane: Der Plan ist, noch vor der Sommerpause die aus meiner Sicht ein bisschen eingeschlafene AG Bürgergesellschaft wiederzubeleben. Die AG Bürgergesellschaft ist ein ganz gutes Forum, wo Bezirke und Verwaltungen zusammen-



kommen, um genau den Prozess von Bürgerbeteiligung mit Leben zu füllen. Meine Vorstellung ist – weil ich diesen Job jetzt seit vier Monaten mache und, wie Sie sich vorstellen können, erst einmal einen Überblick haben möchte über das, was es gibt –, vor der Sommerpause die Akteure zusammenzurufen, um dann eine Art Bestandsaufnahme zu machen und zu gucken: Was gibt es an Bürgerbeteiligungsaktivitäten, und welche Rolle kann meine Rolle oder die Rolle des Senats sein? Wo gibt es Unterstützungsmöglichkeiten und Unterstützungsbedarf? – Letztendlich geht es damit auch um eine gewisse Selbstverpflichtung, weil wir als Senat es ernst nehmen, bei dem Thema Bürgerbeteiligung letztlich auch eine zusammenführende Rolle zu spielen. Die AG Bürgergesellschaft kann hierzu ein Forum sein. Es gibt sicherlich weitere mögliche Tools und Instrumente, das Thema Bürgerbeteiligung weiter zu forcieren. Aber für uns ist das jetzt erst einmal ein nächster Schritt, vor der Sommerpause die AG Bürgergesellschaft zusammenzurufen und dann auch das Abgeordnetenhaus in den Prozess einzubinden und nach der Sommerpause die Vertreter der Zivilgesellschaft. Das ist sozusagen der Plan für die nächsten Wochen. – [Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Können Sie etwas zu den Finanzen sagen?] – Ja, kann ich auch.

Wir haben für den ganzen Bereich bürgerschaftliches Engagement ein wenig Geld im Haushalt beantragt – ich kann Ihnen nicht die genaue Summe sagen –, aber nicht konkret für die Schritte in Bezug auf die AG Bürgergesellschaft. Was ich jetzt vorgefunden habe, ist, dass im Haushalt sehr, sehr wenige Ressourcen für das Thema bürgerschaftliches Engagement zur Verfügung standen. Da gab es natürlich für einzelne Projekte und Initiativen Geld, aber letztendlich: Um umzusetzen, was im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist, und da steht das Thema Bürgerbeteiligung und Engagement – was heißt, es steht ganz oben –, aber es ist auf jeden Fall eine zentrale Aufgabe des Senates, braucht man Ressourcen, und dafür habe ich – zumindest, um Strukturen zu schaffen – im Haushalt Geld angemeldet; zur Bürgerbeteiligung insgesamt aber, also zur Bürgerbeteiligung ganz konkret kein Geld.

**Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld:** Vielen Dank! – [Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Kriegen wir die Folien?] – Ja, das ist mir vorhin zugesagt worden, dass wir die Präsentation bekommen und sie herumgeschickt wird. – Ich schlage vor, dass wir es wie immer machen, dass wir die Besprechung nicht abschließen, sondern vertagen, sodass wir, wenn das Protokoll vorliegt, den Punkt noch einmal aufrufen und diskutieren und dann gemeinsam abschließen. Ist das okay! – Gut, ich sehe Zustimmung. – [Zuruf] – Sie haben recht! Ich drücke so auf die Tube und vergesse alles, was an Höflichkeiten und Formalien dazugehört. – Ich danke Ihnen sehr, dass Sie dagewesen sind! – [Beifall] – Ich möchte Ihnen explizit die Möglichkeit geben, dass Sie natürlich gehen können. Sie können aber auch noch hierbleiben und zuhören; wir verabschieden Sie aber auch gerne, wenn Sie gehen möchten.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Vorstellung der engagementpolitischen Maßnahmen  
des Senats**

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die  
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0007](#)

BuergEnPart

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.